

"McCarthy-Schwierigkeiten" : der Streit um Helmut Gollwitzer als Nachfolger Karl Barths 1961/62

Autor(en): **Kuhn, Thomas K.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Basler Zeitschrift für Geschichte und Altertumskunde**

Band (Jahr): **109 (2009)**

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-391648>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

«McCarthy-Schwierigkeiten» – Der Streit um Helmut Gollwitzer als Nachfolger Karl Barths 1961/62

von *Thomas K. Kuhn*

«Gottes fröhlicher Partisan»

Im Vorfeld der 500-Jahr-Feier der Universität Basel erschien 1959 in vorweihnachtlicher Zeit eine Ausgabe des deutschen Nachrichtenmagazins «Der Spiegel» mit dem Titel «Gottes fröhlicher Partisan». Das Titelblatt zeigt einen in typischer Manier Pfeife rauchenden Karl Barth (1886–1968)¹ und in der Rubrik «Religion» brachte das Blatt den umfangreichen und reich bebilderten Beitrag «Kunde vom unbekanntem Gott». Anlass für diesen Artikel, der differenziert über Barth und sein theologisches Umfeld berichtet, waren die Auseinandersetzungen zwischen Barth und der Basler Universität im Vorfeld des Universitätsjubiläums.² Die Regentschaft der Universität hatte in Zeiten des Kalten Krieges entschieden, zum Jubiläum keine Professoren aus den Ländern des kommunistischen Ostblocks einzuladen.³ Über diese Entscheidung, für die Barth vornehmlich seinen Basler Kollegen, den Philosophen Karl Jaspers (1883–1969) verantwortlich machte, empörte er sich auch deshalb, weil die Einladung an die Universitäten westlicher Länder auch diktatorisch regierte Staaten wie Spanien, Guatemala und Honduras umfasste.⁴ Mit der für ihn charakteristischen Konsequenz blieb Barth den Feierlichkeiten fern.⁵ Diese Reaktion reihte sich ein in eine Vielzahl von politischen Äußerungen, mit denen der streitbare Theologe immer wieder in Basel und der Schweiz für Unruhe und Ablehnung sorgte. Die kurze Zeit später beginnenden Verhandlungen zur Regelung seiner Nachfolge führten auch deshalb in heftige Auseinandersetzungen, weil sie die Möglichkeit boten, viele alte Rechnungen zu begleichen und die Ära

1 Der Spiegel 13. Jg. Heft 52, 23.12.1959. Ausser Barth hat es allein der Theologe Helmut Thielicke auf das Titelblatt des Spiegels gebracht: Spiegel 9. Jg. Heft 52, 21. Dezember 1955.

2 Der Spiegel spricht allerdings fälschlicherweise von der bevorstehenden 600-Jahr-Feier.

3 Siehe hierzu Georg Kreis: Die Universität Basel 1960–1985, Basel 1986.

4 So in den Briefen an seinen Sohn Markus und an Heinrich Vogel. Zitiert in: Eberhard Busch: Karl Barths Lebenslauf. Nach seinen Briefen und autobiographischen Texten, 4. Aufl., München 1986, S. 458.

5 Zum Jubiläum siehe: Hellmut Gutzwiller: Zum Basler Universitätsjubiläum, in: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte (SZG) 12 (1961), S. 60–73.

Barth zu beenden. Der Streit um das Universitätsjubiläum bildete – wie der Spiegel schrieb –

«den vorläufig letzten in einer schier unübersehbaren Kette wackerer Streiche, mit denen sich der streitbare Basler Gottesmann in der westlichen Welt den Ruf eines Störenfriedes abendländischer Selbstzufriedenheit verschafft hat. Wo und wann immer sich der Westen goldene oder papierne Kälber errichtete, war Karl Barth bereit, mit zornigen und höhnischen Worten das Panier des Nonkonformismus zu ergreifen.»⁶

Diese Wahrnehmung Barths, die weite Teile der schweizerischen und der bundesdeutschen Öffentlichkeit in den 1950er und 60er Jahren teilten, erhielt immer wieder neue Bestätigung: sei es durch Barths gesprächsbereite Stellung zum Kommunismus, seine Ablehnung der atomaren Aufrüstung oder schliesslich durch seinen im August 1958 als Broschüre geschriebenen offenen «Brief an einen Pfarrer in der Deutschen Demokratischen Republik»,⁷ den die schweizerische Presse mehrheitlich sehr kritisch kommentiert hatte. In der Bundesrepublik Deutschland nahm man diesen Brief zum Anlass, Barth den ihm zunächst zugedachten «Friedenspreises des deutschen Buchhandels» nicht zu verleihen, nachdem der damalige Bundespräsident Theodor Heuss (1884–1963) angedroht hatte, nicht zur Preisverleihung zu kommen.⁸ Anstelle von Barth erhielt pikanterweise Karls Jaspers den Preis. Barth kommentierte seine zunehmend isolierte Stellung in der Schweiz mit einer Mischung aus Resignation und Humor, wenn er erklärt: «Mit den Schweizern d'accord zu sein, wird mir wohl in diesem Leben nicht mehr gelingen.»⁹

Der im folgenden Beitrag nachgezeichnete überaus polemisch ausgetragene Streit über die Nachfolge Barths ist nur dann angemessen zu verstehen, wenn sowohl die eben genannten, auf Barth bezogenen Aspekte als auch die politischen Hintergründe sowie das öffentliche Bewusstsein der 1950er und 60er Jahre berücksichtigt werden. Hier sind an erster Stelle die seit den 1930er Jahren forcierte

6 Der Spiegel (wie Anm.1), S. 69.

7 Karl Barth: Brief an einen Pfarrer in der Deutschen Demokratischen Republik, Zollikon 1958. Siehe dazu Gerhard Besier: Karl Barths «Brief an einen Pfarrer in der DDR» vom Oktober 1958. Kontext, Vor- und Wirkungsgeschichte, in: Ders., Die evangelische Kirche in den Umbrüchen des 20. Jahrhunderts, Neukirchen-Vluyn 1994, S. 177–189.

8 Der Spiegel (wie Anm. 1), S. 77.

9 Busch (wie Anm. 4), S. 449.

Geistige Landesverteidigung¹⁰ und der während des Kalten Krieges in der Schweiz weit verbreitete Antikommunismus zu nennen, der sich – getragen von bürgerlichen wie sozialdemokratischen Kreisen – als kultureller, gesellschaftlicher und auch wirtschaftlicher Boykott artikulieren konnte.¹¹ Des Weiteren sind die antideutschen Ressentiments zu erwähnen. Schliesslich sollte ein Phänomen nicht vergessen werden, das die Neue Zürcher Zeitung 1958 als Anbruch einer Epoche der «Re-Theologisierung» bezeichnete,¹² in der sich Politik, Wirtschaft und Theologie immer enger miteinander verbanden. Zum Gelingen dieser angestrebten Verbindung konnte allerdings nur eine konformistische, zivilreligiöse, nicht aber eine gesellschafts- und ideologiekritische Theologie beitragen.

Der verschobene Ruhestand Karl Barths

Das noch in den 1960er Jahren gültige «Universitätsgesetz des Kantons Basel-Stadt» aus dem Jahr 1937 bestimmte, dass die Lehraufträge der Universitätslehrer mit dem Schluss des Semesters enden, «in dem der Inhaber das 70. Altersjahr zurückgelegt hat» (§ 10). Da Karl Barth am 30. September 1956 diese Altersgrenze erreichen würde, eröffnete die Kuratel¹³ der Universität am 30. September 1955 das übliche Nachfolgeverfahren, indem sie zunächst die Theologische Fakultät offiziell darüber informierte, sie zu einem Gutachten einlud und die obligatorische Sachverständigenkommission einsetzte.¹⁴ Das weitere Verfahren regelte § 8 des Universitätsgesetzes: «Diese Kommission hat das Recht, der Kuratel ein besonderes Gutachten zu erstatten. Die Kuratel erstattet daraufhin Bericht und Antrag an den Erziehungsrat und dieser an den Regierungsrat.» Der Regierungsrat war allerdings nicht an die Vorschläge des Erziehungsrates gebunden. Von dieser Freiheit sollte er bei der Nachfolge Barths Gebrauch machen.

10 Josef Mooser: Die «Geistige Landesverteidigung» in den 1930er Jahren, in: SZG 47 (1997), S. 685–708.

11 Peter Gilg und Peter Hablützel: Beschleunigter Wandel und neue Krisen (seit 1945), in: Geschichte der Schweiz und der Schweizer, 4. Aufl., Basel 2006, S. 889. In kultureller Perspektive ist beispielsweise das in mehreren deutschschweizerischen Städten verhängte Auftrittsverbot für den russischen Geiger David Fjodorowitsch Oistrach (1908–1974) zu nennen.

12 Der Spiegel (wie Anm. 1), S. 69.

13 Laut Universitätsgesetz hatte die Kuratel die unmittelbare Aufsicht über die Universität und die Wahrung ihrer Interessen inne.

14 Diese Kommission wird in den Akten auch «Expertenkommission» genannt.

Entsprechend der gesetzlichen Vorgaben nahm die Theologische Fakultät im Sommersemester 1955 die Beratungen über die Nachfolge auf und entschied in ihrer Sitzung am 7. Juni 1955, bei der Kuratel einen Antrag auf Verlängerung des Lehrauftrags von Barth zu stellen.¹⁵ Denn in der Fakultät bestand Konsens darüber, dass «es keinem ernsthaften Kandidaten zuzumuten ist die Nachfolge Barths anzutreten, solange dieser noch im Stande ist seine Lehrtätigkeit fortzusetzen.» Deshalb bat man darum, auf den obligatorischen Vorbericht verzichten zu dürfen.¹⁶ Die Kuratel bestand aber zunächst auf einem Rücktritt und wählte am 20. September eine Sachverständigenkommission, welche die Fakultät am 21. Oktober um Anfertigung eines Gutachtens bat.¹⁷ Dazu wurde per Rundschreiben eine fakultäre Kommission eingesetzt, die neben dem Dekan Hendrik van Oyen (1898–1980) die Professoren Ernst Staehelin (1889–1980), Karl Barth und Oskar Cullmann (1902–1999) umfasste. Die Kommission traf sich am 7. November im Frey-Grynaeischen-Institut und arbeitete ein «Konzept-Gutachten» aus. Das von Staehelin verfasste Gutachten, das schliesslich der Fakultätsversammlung am 11. November vorlag, wurde mit wenigen Modifikationen verabschiedet und der Sachverständigenkommission verbunden mit dem erneut geäusserten Wunsch einer Verlängerung für Barth zugestellt.¹⁸

Bei der Suche nach einem Nachfolger ging die Fakultät in drei Schritten vor: Zunächst diskutierte sie Kandidaten «mit bereits anerkanntem Format» im Ausland und nahm dabei die Professoren Hermann Diem (1900–1975) aus Tübingen, Otto Weber (1902–1966) aus Göttingen und den Bonner Walter Kreck (1908–2002) in die engere Auswahl. Da die Fakultät die Chance, einen dieser Kandidaten gewinnen zu können – ohne indes einen ernsthaften Versuch unternommen zu haben – als gering einschätzte, konzentrierte sich die Suche auf die systematischen Theologen der «deutschen Schweiz». Eine hausinterne Lösung durch Hendrik van Oyen schied aus, weil dieser seine Stiftungsprofessur¹⁹ beibehalten wollte. Die

15 Staatsarchiv Basel-Stadt (StABS), Universitätsarchiv O 2c: Protokoll der Fakultätsversammlung, 7. Juni 1955, S. 189f. Im Staatsarchiv Basel unterstützte mich mit vielen wertvollen Informationen und umsichtigen Hinweisen Dr. Hermann Wichers.

16 StABS, Universitätsarchiv O 2c: Protokoll der Fakultätsversammlung, 9. September 1955, S. 190.

17 Zum Folgenden siehe ebd., S. 191f.

18 Ebd., Universitätsarchiv VII 5, 3: Theologische Fakultät an den Präsidenten der Sachverständigenkommission Dr. F. Hagemann, 15. November 1955.

19 Diese Professur war im 19. Jahrhundert zur Beförderung «pietistischer» Theologie eingerichtet worden. Siehe dazu Hans Hauzenberger: Der «Verein zur Beförderung christlich-

Systematiker in Bern und Zürich, Martin Werner (1887–1964) und Walter Gut (1885–1961) kamen aus Altersgründen nicht in Frage, ebenso wenig der Berner Ethiker Alfred de Quervain (1896–1968) oder der frisch nach Zürich berufene Arthur Rich (1910–1992). Die beiden Basler Extraordinarien Fritz Lieb (1892–1970) und Fritz Buri (1907–1995) spielten aus ganz unterschiedlichen Gründen keine Rolle: Lieb, der ehemalige Vikar Barths in Safenwil und enge Freund Walter Benjamins (1892–1940) war mit über sechzig Jahren zu alt und Buri entsprach – wie auch der Berner Theologe und Religionspsychologe Hans Schär (1910–1967) – theologisch nicht den Erwartungen der Fakultätsmehrheit.

Deshalb schaute die Fakultät in einem weiteren Schritt auf die «bereits habilitierten oder in der Habilitation begriffenen Privatdozenten»²⁰ und erstellte aus diesen schliesslich eine Liste, auf der allein Schüler von Karl Barth standen: Felix Flückiger rangierte vor den gleichrangig platzierten Eduard Buess und Max Geiger. Mit Blick auf den noch nicht habilitierten Kirchenhistoriker Geiger erklärte das Gutachten, dass er «durchaus einmal auch einen kirchengeschichtlichen Lehrstuhl bekleiden könnte».

Der Beschluss des Regierungsrates vom 27. März 1956, die Amtsdauer Barths bis auf weiteres ausnahmsweise zu verlängern, beendete dieses Berufungsverfahren.²¹ Die Regierung hatte sich durch ein Votum von Karl Jaspers, der die Bedeutung von Barth für die – auch internationale – Ausstrahlung der Universität unterstrichen hatte, überzeugen lassen und folgte der Einschätzung des Erziehungsdepartements unter seinem liberalen Vorsteher Peter Zschokke (1898–1986), der gegenüber seinen Kollegen festhielt:

«Auch wer nicht mit allem übereinstimmt, was Barth lehrt und schreibt, anerkennt die einzigartige, geradezu säkulare Bedeutung Barths in der protestantischen Theologie. Sein Einfluss auf das theologische Denken in Europa wie in Amerika ist – dies lässt sich jedenfalls für unser Jahrhundert sagen – einmalig. Auch als Lehrer geniesst Barth Weltgeltung.»²²

theologischer Wissenschaft und christlichen Lebens» und seine Stiftungsprofessur in Basel, in: Hans Dürr/Christoph Ramstein (Hgg.): Basilea – Festschrift für Eduard Buess, Basel 1993, S. 127–144.

20 Dies waren Gottfried Locher (1911–1996), Eduard Buess (1913–2003), Felix Flückiger (1917–2003), Ernst Rüschi (1917–1997), Ulrich Neuenschwander (1922–1977), Max Geiger (1922–1978) und Heinrich Ott (1929).

21 StABS, ED-REG 1a 4 62: Beschluss des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt vom 27. März 1956.

22 Ebd.: Schreiben des Erziehungsdepartements an den Regierungsrat, 26. März 1956.

Die Sachverständigenkommission betonte zudem die mittelfristige wissenschaftliche Unersetzbarkeit Barths, hoffte aber auf eine zukünftig bessere Bewerberlage.²³ Dass diese Suche wenige Jahre später heftige polemische Auseinandersetzungen innerhalb und ausserhalb der Schweiz auslösen sollte, ahnte im Frühjahr 1956 wohl niemand.

Die Suche nach einem Barth-Nachfolger 1960/61

Bevor sich die Frage der Nachfolge Barths erneut stellen sollte, waren an der Basler Theologischen Fakultät zwei weitere Ordinarien zu besetzen. Zunächst beschäftigte sich die Fakultät mit der Nachfolge von Walther Eichrodt (1890–1978), der wie Ernst Staehelin 1961 ersetzt werden musste. Die Besetzung des alttestamentlichen Lehrstuhls gestaltete sich schwierig. Zunächst hatte man versucht, den in Göttingen lehrenden Schweizer Walther Zimmerli (1907–1983) zu gewinnen, doch scheiterten die Verhandlungen, so dass Hans Walter Wolff (1911–1993) aus Heidelberg zum Wunschkandidaten avancierte. Da auch dieser absagte, wurde Hans-Joachim Stoebe (1909–2002) von der Kirchlichen Hochschule in Bethel berufen. Die in diesem Verfahren gemachten Erfahrungen mit etablierten Fachvertretern in Deutschland sollten auch in die Debatten um die Nachfolge Karl Barths einfließen. Die Nachfolge Staehelins hingegen konnte nach der Vorarbeit von Barth, Staehelin und Bo Reicke (1914–1987) problemlos gelöst werden, da sein Neffe, der Basler Privatdozent Max Geiger, als Erstplatziertes den Ruf annahm.²⁴

Erste Überlegungen bezüglich der Nachfolge von Karl Barth werden im Spätjahr 1960 greifbar. Barth selbst fragte seinen in Berlin tätigen Wunschkandidaten und ehemaligen Doktoranden Helmut Gollwitzer (1908–1993) an. Anscheinend hatte er zuvor mit den Mitgliedern der Fakultät über diesen Kandidaten gesprochen, denn er signalisierte Gollwitzer deren Wohlwollen. Gleichzeitig bereitete er Gollwitzer auf ein möglicherweise recht langwieriges und unabwägbares Verfahren vor.²⁵ Kurz vor Weihnachten schrieb auch

23 Ebd.: Schreiben der Sachverständigenkommission an die Kuratel, 31. Januar 1956.

24 Auf den Plätzen zwei und drei der Berufsliste standen Karl Kupisch (1903–1982) und Peter Kawerau (1915–1988).

25 «Dort spielen auch andere Faktoren – die Berufsfrage läuft hier durch vier Instanzen – mit, und nationale (!) und politische, sodass Alles erst reifen muss. Wie schön ich es fände, meinen Speer ausgerechnet dir zu übergeben, brauche ich dir nicht zu sagen». Evangelisches Zentralarchiv Berlin (EZA), 686 / 7843: Barth im Brief von Charlotte von Kirschbaum an Gollwitzer, 17. Dezember 1960. Im EZA fand ich überaus freundliche Unterstützung durch Ruth Pabst.

der Basler Professor für systematische Theologie, Fritz Lieb, einen Brief an den befreundeten Berliner Professor. Lieb engagierte sich als Mitglied der Kuratel ganz besonders für die Nachfolge Barths und fragte deshalb schon vor der offiziellen Eröffnung des Verfahrens «ganz persönlich und insofern auch amtlich unverbindlich ohne jeden Auftrag, aber in innigem Einverständnis mit Karl Barth», bei Gollwitzer an,²⁶ den er aufgrund seiner Eigenständigkeit und seiner internationalen Ausstrahlung für den besten Kandidat hielt.²⁷ Er informierte Gollwitzer zudem über das im Januar beginnende Verfahren und über weitere personelle Überlegungen. Dabei wird ersichtlich, dass die Mehrheit der Fakultät Ende 1960 für Gollwitzer war und dass die bereits 1956 deutliche Ablehnung Buris weiterhin Bestand hatte. Der Brief Liebs zeigt zudem, wie tief der Graben zwischen den unterschiedlichen theologischen Richtungen sein konnte, wenn es heisst: «Buri, wollen wir wenn irgend möglich schon aus der Diskussion ausschalten. Das wäre ein Nachfolger! Wenn ich an so etwas denke, wird's mir schlecht.» Neben Gollwitzer kamen für Lieb als weitere Kandidaten zunächst der in Frankfurt am Main tätige Karl Gerhard Steck (1908–1983) und der Basler Heinrich Ott – «als Schweizer der ‹Jungen›» – in Frage. Da Lieb aber von Cullmanns gewichtigem Widerstand gegen Steck wusste, zeichnete er in seinem Brief an Gollwitzer schon in dieser frühen Phase das Szenario einer möglichen Berufung von Ott. Diese Aussicht beunruhigte Lieb, da er diesen als «Bultmannianer» theologisch ablehnte.²⁸

Helmut Gollwitzer²⁹ zählte Ende der 1950er und Anfang der 60er Jahre zu den bekanntesten Vertretern seiner Zunft. Seine 1951

26 Ebd., 686 / 7259: Fritz Lieb an Helmut Gollwitzer, 22. Dezember 1960.

27 Ebd., Lieb an Gollwitzer: «Für mich bist Du jedenfalls der würdigste und geeignetste Nachfolger für Barth – gerade bei all dem, das Dich von ihm auch unterscheidet, übrigens nur zum Vorteil. Eine Kopie von ihm wäre ja etwas ganz unmögliches.» Dort auch das Folgende.

28 Heinrich Otts Teilnahme am alljährlichen herbstlichen Treffen der «Alten Marburger» 1960 in Bethel interpretierte Lieb als «Aufnahme in den ‹Orden›» bzw. als «Verfilzung» mit den Bultmannianern. An dieser Zusammenkunft nahmen auch Rudolf Bultmann (1884–1976) und Martin Heidegger (1889–1976) teil. Siehe dazu Konrad Hammann: Rudolf Bultmann. Eine Biographie, Tübingen 2009, S. 490.

29 Friedrich-Wilhelm Marquardt: Helmut Gollwitzer, in: Hans Jürgen Schultz (Hg.): Tendenzen der Theologie im 20. Jahrhundert, Stuttgart 1966, S. 556–564; Andreas Baudis/Dieter Clausert (Hgg.): Richte unsere Füße auf den Weg des Friedens. Helmut Gollwitzer zum 70. Geburtstag, München 1979; Brigitte Kahl/Jan Rebmann (Hgg.): Muss ein Christ Sozialist sein? Nachdenken über Helmut Gollwitzer, Hamburg 1995; Rolf Stieber-Westermann: Die Provokation zum Leben. Gott im theologischen Werk Helmut Gollwitzers, Frankfurt a.M. [u.a.] 1993; Helmut Gollwitzer: Skizzen eines Lebens. Aus verstreuten Selbstzeugnissen gefunden und verbunden von Friedrich-Wilhelm

veröffentlichten und mehrfach aufgelegten Erinnerungen aus der russischen Kriegsgefangenschaft machten ihn auch rasch in der breiteren Öffentlichkeit zu einem viel gelesenen Autor.³⁰ Ausserdem mischte er sich vernehmbar in die politischen Debatten der jungen Bundesrepublik ein und erwarb sich einen Namen als unbequemer Zeitgenosse in der Adenauer-Ära.

Sein unerschrockenes politisches Engagement speiste sich auch schon zur Zeit des Nationalsozialismus aus einer theologischen Haltung, die ihm nicht in die Wiege gelegt worden war. Gollwitzer stammte nämlich aus einem nationalkonservativen Elternhaus und wurde 1908 im bayrischen Pappenheim als Sohn eines lutherischen Pfarrers geboren. Er besuchte das Gymnasium in Lindau und Augsburg, wo er 1928 das Abitur ablegte. In den Jahren von 1928 bis 1932 studierte er zunächst Philosophie in München, bevor er das Studium der Theologie in Erlangen, Jena und Bonn aufnahm. Nach einem Vikariat in München war er von 1934 bis 1940 als Pfarrer der Bekennenden Kirche und als Referent der thüringischen und preussischen Bruderräte tätig. In diesen Jahren promovierte Gollwitzer 1937 bei Karl Barth mit einer wichtigen Arbeit über die Abendmahlslehre der protestantischen Frühorthodoxie³¹ und wurde 1938 als Nachfolger von Martin Niemöller (1892–1984) Pfarrer in Berlin-Dahlem sowie von 1938 bis 1940 zudem Dozent an der damals illegalen Kirchlichen Hochschule in Berlin. Gollwitzer wandte sich öffentlich ebenso gegen die Judenverfolgung wie gegen die nationalsozialistische Auffassung des Christentums. Er wurde mehrmals verhaftet, schliesslich 1940 aus dem Pfarramt entlassen

Marquardt, Wolfgang Brinkel und Manfred Weber, Gütersloh 1998; Ralph Ludwig: *Der Querdenker: Wie Helmut Gollwitzer Christen für den Frieden gewann*, Berlin 2008; Gottfried Orth: *Helmut Gollwitzer. Solidarität und Widerspruch*, in: *Theologien der Gegenwart. Eine Einführung*, Darmstadt 2006, S. 102–121; Ralph Ludwig: *Dem Tod seine Endgültigkeit bestreiten. Umstritten und verehrt. Helmut Gollwitzer zum 100. Geburtstag*, in: *Zeitzeichen* Nr. 10, 2009, S. 15–18; Claudia Lepp: *Helmut Gollwitzer als Dialogpartner der sozialen Bewegungen*, in: Siegfried Hermle, Claudia Lepp/Harry Oelke (Hgg.): *Umbrüche. Der deutsche Protestantismus und die sozialen Bewegungen in den 1960er und 70er Jahren*, Göttingen 2007, S. 226–246; Werner Raupp: *Helmut Gollwitzer*, in: *Biographisch-bibliographisches Kirchenlexikon (BBKL) XIV* (1998), Sp. 1035–1057. Seine Schriften verzeichnet: Christa Haehn (Hg.): *Bibliographie Helmut Gollwitzer, Ausgewählte Werke* Bd. 10, München 1988; dort auch: Friedrich-Wilhelm Marquardt: *Helmut Gollwitzer: Weg und Werk*, S. 11–48.

30 Helmut Gollwitzer: «... und führen, wohin du nicht willst». Bericht einer Gefangenschaft, München 1951.

31 Helmut Gollwitzer: *Coena Domini. Die altlutherische Abendmahlslehre in ihrer Auseinandersetzung mit dem Calvinismus dargestellt an der lutherischen Frühorthodoxie*, München 1937 (Neuausgabe München 1988).

und mit einem Reichsreideverbot belegt. Danach erfolgte umgehend Einberufung in den Militärdienst, den Gollwitzer bis Kriegsende im Sanitätsdienst an der Ostfront ableistete. 1945 geriet er für vier Jahre in russische Gefangenschaft und hatte danach die «Schnauze voll vom Sowjetkommunismus».³² Nach der Rückkehr aus der Gefangenschaft berief ihn die Bonner Universität 1950 zum Professor für Systematische Theologie, sieben Jahre später zog er nach Berlin, wo er an der Philosophischen Fakultät der Freien Universität und wieder an der Kirchlichen Hochschule Systematische Theologie lehrte. In Berlin engagierte er sich während des Kalten Krieges zunehmend für einen politischen und kirchlichen Dialog zwischen Ost und West. Auch theologisch setzte er sich intensiv mit der Frage nach dem Verhältnis von Christentum und Marxismus auseinander. Seine Dialogbereitschaft handelte ihm nicht nur in CDU-nahen Kreisen in der Bundesrepublik, sondern auch im benachbarten Ausland den Ruf ein, ein «Kommunistenfreund» oder ein «Prokommunist» zu sein. So war zu befürchten, dass Gollwitzers Nomination zum Nachfolger von Barth in Basel und der Schweiz für Widerstand sorgen würde.

Die Nomination Gollwitzers

Nachdem der Regierungsrat den Rücktritt von Karl Barth auf das Ende des Sommersemesters 1961 genehmigt und eine Expertenkommission eingesetzt hatte, nahm die Fakultätsversammlung unter Dekan Ernst Jenni (1927)³³ im Januar 1961 das Geschäft der Barth-Nachfolge auf. Die Wahl Fritz Liebs zum Präsidenten der Expertenkommission verbuchten die Anhänger Barths und Gollwitzers als eine günstige personelle Entscheidung. In der Fakultätsversammlung vom 23. Januar, die ohne Barth stattfand,³⁴ wurde die Frage der Nachfolge zunächst ganz allgemein und dann in personeller Hinsicht diskutiert, bevor schliesslich eine Kommission aus dem Dekan, van Oyen, Lieb und Cullmann beauftragt wurde, einen Entwurf für ein Gutachten zu verfassen. Zwischen der ersten und der zweiten Sitzung am 27. Februar schrieb Karl Barth an Gollwitzer. Daraufhin teilte Gollwitzer seinen Basler Freunden Barth und Lieb

32 Jens Müller-Kent: Vermächtnis für die Zukunft. Gespräche mit Helmut Gollwitzer und Kurt Scharf, München 1989, S. 122.

33 Ich danke Herrn Kollegen Ernst Jenni für ein informatives Gespräch am 29. Juli 2009 und für seine hilfreichen Auskünfte.

34 An der Sitzung fehlten ferner als mögliche Nachfolge-Kandidaten Fritz Buri und Eduard Buess, zudem der Neutestamentler Werner Bieder (1911–1999).

seine Überlegungen bezüglich einer Professur in Basel mit. Dabei wird neben grundsätzlichen gesundheitlichen Überlegungen³⁵ eine starke Zerrissenheit Gollwitzers ersichtlich, der sich einerseits auf eine intensive theologische Arbeit und die Kooperation mit Fritz Lieb, Karl Barth und Eduard Thurneysen (1888–1977) freute, sich aber andererseits auch eng mit Berlin verbunden fühlte und sich dort nicht der Verantwortung entziehen wollte.³⁶ Gollwitzer wollte demnach zu diesem Zeitpunkt noch keine präziseren Zusagen machen, zumal er auch den offiziellen Ruf ab zu warten gedachte.

Vor der zunächst entscheidenden Fakultätsversammlung am 27. Februar suchte Max Geiger das Gespräch mit seinem Vorgänger Ernst Staehelin.³⁷ Er teilte ihm einerseits mit, dass er nicht an der Sitzung teilnehmen wolle, da er noch kein Stimmrecht habe. Andererseits schlug er vor, einen Schweizer als Nachfolger Barths zu berufen und empfahl nachdrücklich Heinrich Ott. Staehelin stand dem Vorschlag der Berufung eines Schweizers prinzipiell überaus positiv gegenüber, hatte aber zunächst hinsichtlich der Personalie theologische Bedenken. Diese konnte Geiger offensichtlich entkräften, denn in der Fakultätsversammlung beantragte Staehelin, Gollwitzer und Ott gemeinsam für den ersten Platz vorzuschlagen und begründete seinen Antrag mit «Bedenken gegen die ‹Starenpolitik› und gegen die zu starke Zurückdrängung des schweizerischen Elements».³⁸ Dieser Antrag fand in der Fakultät allerdings keine Mehrheit, vielmehr wurde nach längerer Diskussion «ziemlich einstimmig»³⁹ eine Berufungsliste mit Helmut Gollwitzer, Ernst Wolf (1902–1971) und Walter Kreck verabschiedet.⁴⁰ Über van Oyen und Buess, an die man in der Fakultät auch gedacht hatte, musste nicht weiter diskutiert werden, weil sich beide nicht zur Verfügung stellten. Auch die Vorschläge, an dritter Stelle neben Kreck gemeinsam Steck oder Ott zu nennen, fanden keine Mehrheit.

Die Fakultät war sich demnach hinsichtlich einer Berufung Gollwitzers weitgehend einig, auch wenn die Abstimmung anscheinend

35 Gollwitzer litt an Grünem Star.

36 Karl Barth-Archiv (KBA), 9361.170: Gollwitzer an Lieb, 23. Februar 1961 und ebd., 9361.169: Gollwitzer an Barth, 24. Februar 1961. Ich danke dem Leiter des Karl Barth-Archivs, Herrn Dr. Hans-Anton Drewes, herzlich für seine überaus freundliche und kompetente Hilfsbereitschaft.

37 Ebd., 9361.1050: Ernst Staehelin an Karl Barth, 27. Juni 1961.

38 Ebd.: Ernst Staehelin am 27. Juni 1961 rückblickend in einem Brief an Barth.

39 So Ernst Jenni mündlich.

40 StABS, Universitätsarchiv 0 2c: Protokoll der Fakultätsversammlung, 27. Februar 1961: Das Protokoll gibt kein Stimmenverhältnis an.

nicht ohne Gegenstimme oder Enthaltung erfolgte. Wahrscheinlich hatten sich Reicke und Staehelin gegenüber der Kandidatur Gollwitzer zurückhaltend oder gar ablehnend verhalten.⁴¹ In die Öffentlichkeit gelangte schliesslich die Information, die Liste sei einstimmig verabschiedet worden. Diese Diskrepanz sollten die Gegner Gollwitzers in den folgenden Auseinandersetzungen immer wieder thematisieren.

Dekan Jenni, van Oyen und Lieb verfassten das Gutachten zuhanden der Kuratel, das am 6. April an Fritz Hagemann (1890–1979), den Präsidenten der Kuratel, verschickt wurde.⁴² Der Text beschreibt zunächst die Schwierigkeit, überhaupt einen «Ersatz» für Barth zu finden, begründet die drei Platzierten, geht auf die beiden Basler Dozenten Buri und Ott ein und zählt schliesslich fünf weitere ausländische Theologen auf.⁴³ Gollwitzer wird kurz biographisch vorgestellt und dann vor allem als authentischer und kommunikativer theologischer Lehrer beschrieben, dessen Veröffentlichungen «weithin den Problemen des aktuellen Lebens dienen» oder sich als «packende tiefe Erfassung der evangelischen Wahrheit» erweisen. Durch seine Erfahrungen in der «Nazizeit» habe er «allen engen Konfessionalismus» überwunden und sei «zu einem Vorkämpfer für die Ueberwindung eines sterilen Gegensatzes von Ost und West» geworden. Seine Auseinandersetzung mit dem Marxismus sei getragen von der «Behauptung echter christlicher Freiheit und kirchlicher Unabhängigkeit». Auf seine im engeren Sinne wissenschaftliche Qualifikation ging das Gutachten abschliessend nur mit dem Hinweis auf die Basler Dissertation ein und bot damit den Kritikern eine willkommene offene Flanke.

Von den weiteren beschriebenen Kandidaten soll hier nur auf Heinrich Ott eingegangen werden, da die anderen im weiteren Verlauf des Verfahrens keine wesentliche Rolle mehr spielten. Hingegen dürfte die schon in diesem Gutachten erfolgte Qualifizierung von

41 Dieser Hinweis in EZA, 686 / 686: Gollwitzer und Basel. Erstaunliche Reaktionen, Abschrift aus: Politische Meinung, August 1961, S. 67ff. Staehelin erklärte allerdings, dass er für Gollwitzer gestimmt habe, siehe Universitätsbibliothek Basel (UBBS), Nachlass 124 (E. Staehelin), D 1,1: Staehelin an Zschokke, 18. Juni 1961.

42 StABS, UNI-REG 13a 3-1 (1) 2. Die folgenden nicht eigens nachgewiesenen Zitate entstammen dem Gutachten. Das Gutachten befindet sich auch im Nachlass Lieb. Siehe UBBS, Nachlass 43, Hf 1,1. Hagemann war der Verleger der National-Zeitung.

43 Gerrit Cornelis Berkouwer (1903–1996) Amsterdam, Wolfhart Pannenberg (1928) Mainz, Heinz-Horst Schrey (1911) Berlin, Karl Georg Steck. Frankfurt a.M., und Thomas Forsyth Torrance (1913–2007) Edinburgh.

Ott für die späteren Entscheidungsprozesse von Bedeutung gewesen sein. Er erhielt nämlich folgende Beurteilung:

«In Anbetracht der kurzen Zeit, während der Dr. Ott bis jetzt veröffentlichten konnte, hat er eine erstaunliche Produktivität an hochqualifizierten Schriften und Studien entfaltet. Die Fakultät ist der Meinung, dass sowohl die Lehrtätigkeit als auch die schriftstellerische Wirksamkeit des Herrn Dr. Ott vielversprechend sind. Er weist als Dozent eine vorzügliche Begabung auf und verspricht in der Originalität seines Denkens sich zu einem angesehenen Dogmatiker zu entwickeln.»

Knapp einen Monat, nachdem dieses Gutachten erstellt worden war, traf sich am 5. Mai die Sachverständigenkommission im Konferenzzimmer des Erziehungsdepartements.⁴⁴ Neben dem Vorsitzenden Fritz Lieb und Dekan Ernst Jenni nahmen Regierungsrat Zschokke, Karl Jaspers und Pfarrer Felix Tschudi (1917)⁴⁵ an der Sitzung teil; Oskar Cullmann fehlte wegen seiner Pariser Lehrverpflichtung an der Sorbonne, hatte aber schriftlich Stellung genommen. Lieb las nach der Eröffnung der Sitzung Cullmanns Überlegungen vor. Dieser betonte die Ausstrahlungskraft von Gollwitzer und forderte von den Behörden, sie sollten «bis an die Grenzen des Möglichen gehen, um Prof. Gollwitzer zu gewinnen», damit die Fakultät weiterhin die Rolle spielen könne, die sie in den letzten Jahrzehnten eingenommen hätte. Bei einer Absage von Gollwitzer bevorzugte Cullmann Kreck vor Wolf. Daran anschliessend berichtete der Dekan über den offenen Verlauf der Diskussionen in der Fakultät: Man sei sich einig gewesen, keinen strengen Lutheraner berufen zu wollen. Jenni unterstützte nachdrücklich die Nomination Gollwitzers, den er auch aus persönlichen Begegnungen kannte, und war von den Qualitäten der beiden anderen Platzierten überzeugt. Eine Besetzung mit einem Schweizer erachtete er als durchaus erstrebenswert und nannte mit Vorbehalten als einzigen Basler Kandidaten Heinrich Ott. Fritz Buri kam für ihn vor allem deswegen nicht in Frage, weil er befürchtete, dass die Öffentlichkeit nach den vielen Auseinandersetzungen zwischen Barth und Buri eine Besetzung mit Letzterem nicht verstünde. Nach einem kurzen Votum von Lieb äusserte sich

44 Die Protokolle der Sitzung befinden sich im Nachlass Lieb. Siehe UBBS, Nachlass 43, Hf 3,1. Dort auch das Folgende.

45 Ich danke Herrn Pfarrer Felix Tschudi für seine Auskünfte. Bei der Besetzung von theologischen Lehrstühlen war ein Pfarrer Mitglied der Sachverständigenkommission. Pfarrer Tschudi wurde Mitglied, weil er – nach eigenen Angaben – als ein Anhänger Barths galt. Tschudi betonte die relativ einmütigen Verhandlungen in der Kommission.

Pfarrer Tschudi überaus positiv zur Nomination von Gollwitzer, bevor Karl Jaspers zu einem längeren Votum ausholte.⁴⁶ Auf seine vorgelesenen Ausführungen dürfte insbesondere Lieb gespannt gewesen sein, da er wusste, dass Jaspers eine Rezension von Gollwitzer⁴⁷ als verletzend empfunden hatte. Aus diesem Grunde war eine Ablehnung Gollwitzers durch Jaspers zu befürchten. Um das zu verhindern, hatte Lieb seinen einflussreichen Kollegen in einem «langen Privatgespräch frontal hergenommen und soweit gebracht, daß er allen Bedenken und Verstimmungen» über Gollwitzers Rezension «zu Trotz, nachgab».⁴⁸ Das Votum von Jaspers fiel dann aber doch nicht ganz zufriedenstellend für Lieb aus. Zwar stimmte Jaspers dem Anliegen der Fakultät zu, eine markante Persönlichkeit finden zu wollen, kritisierte aber die vorgeschlagene Person, die kein «originales dogmatisches Denken» entwickelt habe. Immerhin traute er Gollwitzer zu, zukünftig gute dogmatische Vorlesungen zu halten.

Schwerwiegender als diese Stichelei war der Hinweis auf Gollwitzers politische Stellung. Erstmals wurden in diesem Verfahren Gollwitzers politische Aktivitäten von Jaspers offiziell thematisiert und ein offensives Eingreifen der Behörden gefordert. Das Protokoll hält fest:

«Die Behörden müssen seines Erachtens sich darüber informieren und prüfen, ob sie es verantworten wollen, eine derart politisch profilierte Persönlichkeit in Basel wirken zu lassen. Ob man ihn berufen will, ist, so scheint ihm, auch eine politische Frage. Seine Berufung würde auch eine Steigerung des politischen Prestiges für Gollwitzer bedeuten und ausserdem die Frage aufwerfen, was er von Basel aus politisch sagen und tun würde. Seine politischen Positionen sind denen Karl Barths verwandt. Aber Karl Barth hat seinen Ruhm als Dogmatiker; seine politische Aktivität ist zwar immer da gewesen, aber beiläufig. Bei Gollwitzer ist es umgekehrt, sein Ruhm beruht auf seiner politischen Erscheinung, in der das dogmatische Denken, für den Aussenstehenden wohl fälschlich, fast wie ein Mittel aussieht. [...] Unter dem Gesichtspunkt, eine ausgeprägte theologische Persönlichkeit zu wählen, ist Gollwitzer unter den deutschen Theologen jedenfalls hervorragend.»⁴⁹

46 Im Protokoll umfasst dieses Votum getippt gut 6 DIN-A4 Seiten. Das Protokoll merkt an: «Das Votum wird auf Wunsche Prof. Jaspers vollinhaltlich nach seinem eigenen Manuskript wiedergegeben.»

47 Die Atombombe und der Friedenspreis oder Karl Jaspers und sein Buch über das «Politische Bewusstsein in unserer Zeit», in: Die Kultur 7 (1959), S. 3 und 14; und in Junge Kirche 20 (1959), S. 287–292.

48 EZA, 686 / 7259: Lieb an Gollwitzer, 11. Juni 1961.

49 Ebd.; Lieb kommentierte Jaspers Erklärung wie folgt: «Aber einen Pferdefuss hat er doch hinterlassen. In seinem sehr langen, salbungsvollen Votum (vorgelesenem ausserdem)

Jaspers stimmte zwar der Berufung vorderhand zu, aber durch sein Votum sensibilisierte er taktisch geschickt die Behörden für eine Frage, die vorher noch nicht in dieser Weise formuliert worden war. Mit dem bekannten Hamburger Theologieprofessor Helmut Thielicke (1908–1986) brachte er zudem einen politisch völlig anders ausgerichteten Kandidaten ins Spiel, der zuvor in den Überlegungen keine Rolle gespielt hatte. Er lobte dessen wissenschaftliche, rhetorische und gemässigt politische Haltung, die anders als bei Gollwitzer bei den Behörden keine Probleme auslösen würde. Ausserdem war Thielicke über jeden Verdacht erhaben, Barthianer zu sein, entwickelte er doch seine Theologie explizit in Auseinandersetzung mit Barth. Nach diesen Einwürfen erklärte sich Jaspers schliesslich mit Gollwitzer einverstanden. Einen anderen Schüler Barths akzeptierte er allerdings nicht, da Schüler «meist einen Charakter von Belanglosigkeit» hätten. Von den Basler Kandidaten würdigte er Ott durchaus kritisch, machte sich aber erwartungsgemäss für Buri und für dessen «ursprüngliches Denken in der Dogmatik» stark. Zudem forderte er klarere Beurteilungskriterien sowie eine gerechtere Darstellung Buris.

Regierungsrat Zschokke dankte vor allem für das Votum von Jaspers und schlug vor, Gollwitzer als einzigen Kandidaten den oberen Behörden zu präsentieren. Falls die Berufung scheitern sollte, sah man ein neues Verfahren mit erweitertem Gutachten vor. Diesen Vorschlag nahm die Kommission auch deshalb einstimmig an,⁵⁰ weil man sich nicht auf die Reihenfolge der beiden anderen Kandidaten einigen konnte. Zschokke selbst gestand nachweisbar im Januar 1962 taktische Gründe für seinen Antrag ein, ohne diese allerdings zu benennen. Vermutlich zielte er zu diesem Zeitpunkt noch nicht auf eine Demontage von Gollwitzer, sondern, das belegt auch eine Äusserung von Lieb, auf eine Stärkung der schweizerischen Kandidaten, deren Chancen er für den Fall eines neuen Verfahrens gewahrt wissen wollte.⁵¹

Der Widerstand gegen Gollwitzer formiert sich

Zwischen den Sitzungen der Sachverständigenkommission und der Kuratel feierte Karl Barth am 10. Mai seinen 75. Geburtstag, ohne

orakelte er von der Problematik bzw. schweren Belastung Deines politischen Auftretens, über das er sich selber aber (grossmütig) hinwegsetzen wolle.»

50 Nach Lieb machte Jaspers «einige Schwierigkeiten, – aber nicht mehr. Er hat sich doch unserem Vorschlage angeschlossen.» Ebd.

51 Ebd.

dass die Basler Zeitungen diesen Festtag gewürdigt hätten. Dieses Stillschweigen kritisierte ein Leserbrief in der Weltwoche unter dem Titel «Prophet in der Vaterstadt». Auch wenn die Basler Zeitungen eine Abmachung hatten, niemandem zum 75. Geburtstag zu gratulieren – so ein anderer Leserbrief⁵² – vermutete der Schreiber wohl nicht ganz unzutreffend eine politische Massnahme. Zwar lehnte er Barths «unverständliche und ärgerliche Haltung» gegenüber dem Kommunismus ab, die er als Grund des Schweigens ausmachte, hielt es aber für «kleinlich», Barths «unmessbare Verdienste wegen seiner fatalen politischen Einstellung zu ignorieren.»⁵³

Der Entscheid der Expertenkommission kam Ende Mai in die Kuratel.⁵⁴ Dort gelang es Lieb, Gollwitzers Platzierung überzeugend zu begründen und die angesprochenen politischen Bedenken zu zerstreuen. Er verwies darauf, dass Gollwitzer keine Parteipolitik im engeren Sinn betreibe, sondern seine politische Haltung aus dem Evangelium heraus im kirchlichen Raum artikuliere. Die Kuratel bestätigte zur grossen Erleichterung Liebs den Vorschlag der Sachverständigenkommission. Die Berufung Gollwitzers schien auf einem guten Weg zu sein, doch dann wurden Ende Mai – Anfang Juni zunehmend Stimmen laut, die vor dem Kommunismus im allgemeinen oder vor Gollwitzer im speziellen warnten.⁵⁵

Als erster einflussreicher Beitrag im politischen Meinungsbildungsprozess ist mit Blick auf die Barth-Nachfolge ein Artikel des Zürcher Theologieprofessors Emil Brunner (1889–1966) zu nennen, der am 28. Mai 1961 in der Neuen Zürcher Zeitung die verbreitete schweizerische antikommunistische Haltung bestärkte, indem er fragte «Und wenn der Kommunismus siegte ...?»⁵⁶ Um

52 Weltwoche, 9. Juni 1961.

53 Ebd., 26. Mai 1961.

54 Die Überlieferung der Kuratelsprotokolle im Staatsarchiv Basel weist zwischen Anfang 1958 und Herbst 1961 eine Lücke auf; die Protokolle scheinen für immer verloren zu sein.

55 EZA, 686 / 7259: Lieb an Gollwitzer, 11. Juni 1961.

56 Neue Zürcher Zeitung, Nr. 1991, 28. Mai 1961. Brunner hatte sich auch schon in den 1930er Jahren für die «Geistige Landesverteidigung» eingesetzt. Siehe dazu Thomas K. Kuhn: Emil Brunner und die «Geistige Landesverteidigung» in der Schweiz 1933–1945, in: Sigrid Lekebusch/Hans-Georg Ulrichs (Hgg.): Historische Horizonte. Vorträge der dritten Emdener Tagung zur Geschichte des reformierten Protestantismus, Wuppertal 2002, S. 297–310; Ders.: «Geistige Landesverteidigung» und reformierte Theologie in den 1930er Jahren, in: Zeitschrift für Kirchengeschichte 114 (2003), S. 21–44. Zur antikommunistischen Haltung Brunners siehe auch Hans Heinrich Brunner: Mein Vater und sein Ältester. Emil Brunner in seiner und meiner Zeit, Zürich 1986, S. 303–305 sowie Frank Jehle: Emil Brunner. Theologe im 20. Jahrhundert, Zürich 2006, S. 453–461.

diesem Artikel eine möglichst breite Leserschaft zu verschaffen, erschien er wenig später auch in der Schriftenreihe des Schweizerischen Ostinstituts.⁵⁷ Dieses 1959 von Nationalrat Peter Sager (1925–2006)⁵⁸ in Bern gegründete Institut informierte die schweizerische Bevölkerung über die kommunistischen Ostblockstaaten und berichtete über die dortige Lage der Menschenrechte. Ob Brunner zum Zeitpunkt der Veröffentlichung über die Basler Vorgänge informiert war, kann nicht eindeutig belegt, darf aber wohl angenommen werden. Er geht zwar mit keinem Wort explizit auf die Barth-Nachfolge ein, befördert aber sehr geschickt antikommunistische Ressentiments, indem er die Gegner der Atombewaffnung, die Vertreter der Friedensbewegung und grosse Teile des Weltprotestantismus als willige und unbedarfte Propagandisten des Kommunismus vorführt. Brunner stellte sich auf die Seite des Berliner Bischofs Otto Dibelius (1880–1967), der vor einseitiger Abrüstung gewarnt und gegen Barths Haltung gegenüber dem Kommunismus Stellung bezogen hatte. Mit Blick auf die Schweiz erklärte Brunner:

«So betreibt die Kirche, ohne kommunistisch zu sein, unbewußt die Geschäfte des Kommunismus. Sollten wir Schweizer uns darüber verwundern, wenn doch auch von Schweizer Pfarrern und Theologen in zunehmendem Maß öffentlich die Meinung vertreten wird, die Werte des sogenannten christlichen Abendlandes seien der Verteidigung nicht wert, vielmehr sei diese dekadente Kultur reif zum Untergang? Das kann offenbar nur der sagen, der sich die Frage nicht gestellt hat, was denn der Sieg des kommunistischen Systems bedeuten würde.»⁵⁹

Auf diese Frage gab er im weiteren Verlauf seines Artikels eine deutliche Antwort, wenn er mit den Stichworten «Totalitarismus», «Abschaffung des Christentums», «Brain-Washing» und «Auslöschung des freien Geistes und der menschlichen Seele» argumentiert. Seinem Basler Kollegen Barth und anderen Kritikern des Antikommunismus hielt er entgegen:

«Weil wir Menschen des Westens noch in einer Welt leben, wo das Selberdenken und die freie Gedankenäußerung selbstverständlich sind, können wir uns die Verwirklichung eines solchen unmensch-

57 Emil Brunner: *Und wenn der Kommunismus siegte?*, Bern 1961.

58 Sager war zunächst Mitglied der Schweizerischen Volkspartei und später der Liberalen Partei der Schweiz sowie Gründer einer nach dem Berner Theologen Ulrich Neuenchwander benannten Stiftung zur Förderung theologischer Arbeit.

59 Brunner (wie Anm. 57), S. 5.

lichen Menschentums einfach nicht vorstellen. Darum erlauben wir uns noch den *Luxus*, den *Antikommunismus* als eine bornierte, höchst inhumane, unchristliche Haltung zu *diffamieren* und zu bekämpfen.»⁶⁰

Dass sich diese Ausführungen auch gegen Gollwitzer gerichtet haben dürften, scheint durchaus vorstellbar. Brunner unterliess wohlweislich eine unmittelbare Einmischung in die Belange der Basler Universität, prägte aber zweifelsohne weite Teile der öffentlichen Meinung. An diesen Artikel konnten dann zahlreiche Politiker, Publizisten und Leserbriefschreiber anknüpfen.

Die publizistische Auseinandersetzung um Gollwitzer eröffnete eine gute Woche nach Brunners Artikel am 7. Mai das Badener Tagblatt, eine regionale Tageszeitung des Kantons Aargau, die ursprünglich radikal-demokratisch eingestellt, aber später dem rechten Flügel des Freisinns zuzuordnen war.⁶¹ Unter dem reisserischen Titel «Kommunistenfreundliche Ausbildung für reformierte Theologen. Prof. Karl Barths Basler Lehrstuhl soll durch einen Berliner Kommunistenfreund besetzt werden» polemisierte ein anonymen Verfasser unter dem Pseudonym Argus gegen die in Aussicht stehende Berufung von «Hellmuth» Gollwitzer, einer «Berliner «Kanone»». ⁶² Hinter dem Pseudonym, das auf die hundertäugige, alles bemerkende griechische Sagengestalt anspielt, verbarg sich Rudolf Stickelberger (1911–1975),⁶³ der auch im weiteren Verlauf der Pressekampagne gegen Gollwitzer auftreten sollte. Stickelberger, der zunächst als Pfarrer und dann in verschiedenen Funktionen journalistisch tätig war,⁶⁴ knüpfte an jene Assoziationen an, die Brunner in seinem Artikel ausgebreitet hatte, und diffamierte Gollwitzer auf einem bedenklichen journalistischen Niveau als einseitig politisierenden Theologen:

60 Ebd., S. 7.

61 Badener Tagblatt, 7. Juni 1961, Drittes Blatt Nr. 129. Zur Auseinandersetzung siehe auch Roger Sidler: Arnold Künzli. Kalter Krieg und «geistige Landesverteidigung» – eine Fallstudie, Zürich 2006, S. 220–228.

62 Lieb und seine Freunde konnten den Verfasser nicht eindeutig identifizieren. Lieb schrieb an Gollwitzer am 11. Juli 1961: «Der Artikel war anonym, durfte aber dem ganzen Tenor dem Kreise um Emil Brunner, der neuerdings auf die unerhörteste Weise in der N.Z.Z. zum Kreuzzug gegen den Kommunismus hetzte, und der Brunner nahe stehenden «Reformatio» entstammen.» Siehe EZA, 686 / 7259.

63 So die freundliche Auskunft von Alice Mondelli, Aargauer Zeitung.

64 Stickelberger gehörte wie Dürrenmatt und Peter Vogelsanger zur Redaktion der Zeitschrift Reformatio.

«Zwar hat er seinen Lehrstuhl in Westberlin den Amerikanern zu verdanken und lebt sozusagen von ihrer Fürsorge. Das hindert ihn aber nicht, einen scharf anti-westlichen Kurs zu steuern und jeden Ostkontakt mit Jubel zu begrüßen. So ist er ein führender Mann der sogenannten «Prager Friedenskonferenz», eines kommunistischen Propagandainstitutes unter dem Tarnmantel der Friedensbereitschaft. Bei jeder Gelegenheit betont er, im östlichen Deutschland Ulbrichts lasse sich das Evangelium ebenso gut, wenn nicht noch besser ausbreiten als in Adenauers Westen. Da fragt man sich, weshalb er denn eigentlich nicht an eine ostdeutsche Fakultät ziehe, sondern in die Schweiz wolle? [...] Und nun soll diesem Manne die wahrscheinlich einflußreichste Professur innerhalb der schweizerischen protestantischen Theologie übertragen werden? In diesem Geiste sollen die in Basel studierenden jungen Pfarrer geschult werden? Ja, was hat es denn noch für einen Sinn, vor kulturellen und sportlichen Ostkontakten zu warnen und sich über die mangelnde Wachsamkeit der Welschen zu beklagen, wenn an der ältesten deutschschweizerischen Universität ein solcher Schritt geplant wird?»

Schon zwei Tage später druckte die Basellandschaftliche Zeitung diese Polemik nach⁶⁵ und am selben Tag veröffentlichte die Weltwoche einen Leserbrief mit dem Titel «Kommunistenfrend als Nachfolger des Propheten».⁶⁶

Die Eröffnung dieser Pressekampagne hatte Stickelberger zeitlich wohl überlegt terminiert, denn zwei Tage nach dem Erscheinen seines Artikels tagte in Basel der Erziehungsrat. Dort zeigte sich sehr schnell, dass Stickelbergers polemische Saat aufgegangen war, wie Fritz Lieb seinem Freund Gollwitzer in Berlin rückblickend berichtete:

«Nach allen diesen Dingen fand dann am 9. Juni die Sitzung des Erziehungsrates statt. Hier begann dann einer der reaktionärsten Professoren Rintelen⁶⁷ den Angriff: Bedenken wegen politischer Zuverlässigkeit; Kryptokommunismus mit dem Material des genannten Zeitungsartikels. Ein Katholik sekundierte. Zschokke der Kultusminister wurde unsicher: redete von einer vorläufigen Abstimmung, die

65 Basellandschaftliche Zeitung, Freitag, 9. Juni 1961, Nr. 133, S. 2, unter der Rubrik «Anderswo gelesen»: «Ein prokommunistischer Theologe als Basler Professor?» Abdruck aus dem Badener Tagblatt.

66 Weltwoche, 9. Juni 1961.

67 Nach Barth, Brief an Robert Leuenberger, hatte Stickelberger seinen Freund Rintelen informiert: Siehe Jürgen Fangmeier/Hinrich Stoevesandt (Hgg.): Karl Barth. Briefe 1961–1968, Zürich 1975, S. 70–73. Friedrich Rintelen (1906–1991) war seit 1948 Leiter der Basler Augenklinik und ordentlicher Professor für Ophthalmologie in Basel.

hätte fatal werden können. Aber 3 Sozialdemokraten wären sicher für Dich eingetreten (im ganzen 8 bzw. 9 Mitglieder). Da beantragte einer der SP Leute,⁶⁸ man solle eine Rückfrage um nähere Auskunft an die Kuratel richten, man solle jetzt noch keine Vorentscheidung treffen. Antrag angenommen. Die ganze Sache bleibt somit noch offen. Dabei habe ich sie auf dem Buckel – denn ich muss nun in der Kuratel Rede und Antwort stehen. Hoffentlich fällt dieses nicht um. Ich werde alles tun.»⁶⁹

In Basel brachten die liberalen Basler Nachrichten einen Tag nach der Sitzung des Erziehungsrates am 10. Juni eine kurze Redaktionsnotiz ihres Chefredaktors, des liberal-demokratischen Gross- und Nationalrates Peter Dürrenmatt (1904–1989), der einerseits ein wenig pikiert feststellte, dass man aus der «ausserkantonalen Presse» erfahren habe, dass ein «prokommunistischer» Professor aus Westberlin berufen werden solle und andererseits deutlichen Widerstand gegen die anvisierte Berufung ankündigte.⁷⁰ Daraufhin schrieb Lieb am nächsten Tag einen ausführlichen Brief an Gollwitzer, in dem er ihn zusammenfassend über die Entwicklungen der zurückliegenden Wochen informierte und einen publizistischen Gegenschlag der linksliberalen Nationalzeitung und der sozialdemokratischen Arbeiter-Zeitung ankündigte, der gut eine Woche später erfolgte.⁷¹

In Deutschland verbreitete die epd-Presseagentur am 15. Juni die Mitteilung über die erfolgte Ruferteilung an Gollwitzer, die konservative Tageszeitung Die Welt brachte diese Meldung einen Tag später. Gollwitzer reagierte darauf umgehend, setzte sich mit dem Evangelischen Pressedienst in Verbindung und schrieb an Lieb:

«Der Artikel in dem «Badener Tagblatt» ist ja nun noch viel hahnebüchener, am imfamsten aber finde ich die vornehme Hinterhältigkeit der Notiz in den «Basler Nachrichten». Ich bin in diesen Dingen nun seit so vielen Jahren – man kann ja sagen: seit 1933 – drin, sodass mich solche Vorgänge weiter nicht mehr erschüttern und entrüsten: entsetzt kann man nur sein über diese Anzeichen einer zunehmenden Totalisierung der westlichen Welt und also ihrer Angleichung an die östliche.»⁷²

68 Damit sind die Vertreter der Sozialdemokratischen Partei gemeint.

69 EZA, 686 / 7259: Lieb an Gollwitzer, 11. Juni 1961.

70 Basler Nachrichten, 9./10. Juni 1961, Nr. 241.

71 EZA, 686 / 7259: Lieb an Gollwitzer, 11. Juni 1961.

72 KBA 15510: Gollwitzer an Lieb, 16. Juni 1961.

Gollwitzer verteidigte sich ferner in diesem Brief und versuchte, die in der Schweiz erhobenen Vorwürfe zu entkräften. Dabei verwies er auf seine nur beschränkten Ostkontakte, auf die Nichtteilnahme an der Prager Friedenskonferenz und erwähnte mit Hinweis auf seine antikommunistische Haltung eine Disputation mit dem CDU-Bundestagspräsidenten Eugen Gerstenmaier (1906–1986).⁷³ Dort hatte er die CDU-Politik für den Verlust Ost-Deutschlands an den Kommunismus verantwortlich gemacht. Brunners Stellungnahme kommentierte er zudem mit den Worten:

«Die Wut macht dumm, hier wie überall. Ich habe Emil Brunners Artikel in der NZZ gelesen, – darüber ist wirklich nicht mehr zu reden. Was er als Zukunftsschicksal der Kirche unter dem Kommunismus so plastisch schildert, das kann ich nur als atheistische Perspektive bezeichnen. Uebrigens scheint es mir wahrscheinlich, dass der Artikel im «Badener Tagblatt» aus Zürcher Kreisen kommt».⁷⁴

Am 16. Juni erschien in der Weltwoche ein von Stickelberger gekennzeichneteter weiterer Artikel gegen Gollwitzer,⁷⁵ der zugleich eine Abrechnung mit Barth darstellte. Stickelberger würdigt zwar Barths theologische Verdienste und dessen Rolle im Nationalsozialismus. Er nennt ihn sogar ein «Genie», das – so fügt Stickelberger süffisant hinzu – auch ertragen müsse, «dass eine hochansehnliche Zahl Beeindruckter ihm getreulich abgeguckt haben, wie er sich räuspert und wie er spuckt, wie er sich frisiert und wie er seine Pfeife stopft, glücklicherweise auch wie gründlich er den Text auslegt, und unglücklicherweise, wie er politisiert.» Insgesamt gesehen zielte er aber darauf, Barth als politisch unzuverlässig darzustellen sowie ihn und seine Freunde als eifrige ostgewandte «Kontaktsucher» zu desavouieren. Barth und seinen Schülern schob Stickelberger die Verantwortung dafür zu, dass «gutmeinende Pfarrer [...] kommunistische Friedensaufrufe unterschreiben und so, halbwissentlich und halbverantwortlich, die Sowjetmühlen treiben helfen.» Diesen Vorwurf konkretisierte er am Beispiel Gollwitzers, wenn er einerseits dessen Zivilcourage und «klaren Blick 1940» betont, andererseits ihm aber seit 1950 eine «getrübte Sicht» und seit 1960 einen «Irr-

73 Claudia Lepp: Tabu der Einheit? Die Ost-West-Gemeinschaft der evangelischen Christen und die deutsche Teilung (1945–1969), Göttingen 2005, S. 286.

74 Im Nachlass Gollwitzers findet sich auch der Abdruck einer epd-Meldung zum Brunner-Artikel. Vgl. EZA, 686 / 686: epd ZA Nr. 135, 16. Juni 1961.

75 Rudolf Stickelberger, Unbedingt Gollwitzer? Bedenken zu einer Basler Professorenwahl, in: Die Weltwoche, 16. Juni 1961.

weg» unterstellt, der in eine radikalisierte «antiwestliche Einstellung» gepaart mit einem «angriffigen Pazifismus und Antimilitarismus» geführt habe. Hatte Stickelberger Barth gegenüber noch einen gewissen Respekt gezeigt, so fehlt dieser bei Gollwitzer, wenn er schreibt: «Moskau ist glücklich über ehrenhafte Helfer wie Gollwitzer, die an westlichen Schulen aus freien Stücken seine Geschäfte treiben.» Für Gollwitzers Bemühen um einen Ost-West-Dialog zeigte Stickelberger keinerlei Verständnis, sondern disqualifizierte ihn vielmehr als Spalter des schweizerischen Protestantismus.

Stickelbergers Artikel sorgte für Unruhe im Erziehungsrat und verschärfte die Opposition gegen Gollwitzer. Deshalb rief der verunsicherte Regierungsrat Peter Zschokke den einflussreichen emeritierten Basler Kirchenhistoriker und ehemaligen Rektor Ernst Staehelin an und befragte ihn zur Nachfolge Barths.⁷⁶ Wenige Tage nach dem Telefonat liess Staehelin dem Regierungsvertreter seine Auskünfte schriftlich zukommen. Staehelin relativierte dabei zwar einige der kursierenden Vorwürfe gegenüber Gollwitzer, stellte aber insgesamt gesehen dessen Nomination in Frage, wenn er fragt, ob die Universität Basel überhaupt das «moralische Recht» habe, Gollwitzer von seinem Wirkungsort wegzuberufen. Damit setzte er sich von der Meinung der Fakultät ab. Zudem unterstrich er erneut seinen Wunsch – gemäss der «guten alten Basler Tradition» –, einen jungen Nachwuchswissenschaftler zu berufen, der nicht unbedingt aus der Schule Barths stammen müsse. Mit Blick auf die Zusammensetzung der Professoren der Theologischen Fakultät erwog er zudem die Nationalitäten.⁷⁷ Da Zschokke grossen Wert auf Staehelins Meinung legte, dürfte dieses Schreiben den weiteren Verlauf des Verfahrens in der Regierung erheblich beeinflusst haben. Darüber hinaus erhielt Zschokke bei einer Besprechung am 20. Juni von Dekan Jenni ein Memorandum, das Max Geiger im Auftrag des Dekans verfasst hatte. Jenni hatte sich mit den Fakultätsmitgliedern beraten, wie den Verunglimpfungen Gollwitzers in der Presse begegnet werden könne. Eine Stellungnahme der Fakultät in der Presse fand keine Mehrheit, vielmehr einigte man sich bei einer Gegenstimme darauf, den Behörden das von

76 KBA 9361.1050: Ernst Staehelin an Karl Barth, 29. Juni 1961; Barth gegenüber rechtfertigte sich Staehelin später mit den Worten: «Herr Zschokke hatte übrigens vom Erziehungsrat geradezu den Auftrag, die Angelegenheit für die weiteren Verhandlungen näher abzuklären, und so wäre es fast unnatürlich gewesen, wenn er mich, nachdem wir in den letzten Jahren, oft fast täglich, zusammengearbeitet hatten, nicht auch unverbindlich um meine Meinung befragt hätte.» KBA 9361.1052: Staehelin an Barth, 29. Juni 1961.

77 UBBS, Nachlass 124, D 1,1: Staehelin an Zschokke, 18. Juni 1961.

Geiger angefertigte Memorandum zuzustellen, um diesen eine sachliche Entscheidung zu ermöglichen. Unter dem Titel «Helmut Gollwitzer als politischer Theologe»⁷⁸ legte Geiger zwar keine Apologie, wohl aber einen umfangreichen Bericht mit vielen Zitaten vor, der Gollwitzer als «einen von den grossen politischen Fragen unserer Zeit bewegten Theologen» beschreibt und der Rede vom «theologisierenden Politiker» widerspricht. Zudem differenziert das Memorandum mit Blick auf Gollwitzer wohltuend zwischen Nonkonformismus und «prosowjetischer» Haltung.

Pro und Contra: Der Streit um Gollwitzer im Sommer 1961

Zwei Tage nach Stickelbergers Polemik erschien der erste offensiv für Gollwitzer Partei ergreifende Artikel am 18. Juni in der National-Zeitung. Ihr Inlandsredaktor, der spätere Professor für Politische Philosophie an der Universität Basel, Arnold Künzli (1919–2008),⁷⁹ stellte sich als Radikaldemokrat der Polemik Dürrenmatts und Stickelbergers.⁸⁰ Künzli, der in den 1950er und 1960er Jahren zur Gruppe der so genannten «Nonkonformisten»⁸¹ gehörte, teilte Gollwitzers politisches Engagement.⁸² Anscheinend hatten die gegen Gollwitzer gerichteten Artikel Fritz Lieb dermassen verunsichert, dass er bereit war, Künzli mit internen Informationen aus den Verhandlungen zu versorgen.⁸³ Dieser nutzte die Hinweise, um durch seinen Artikel aufzuklären und die Diffamierungen gegen Gollwitzer zu entkräften. Künzli beschrieb Gollwitzer als unbequemen und quer denkenden, sich für die Menschlichkeit engagierenden Theologen und Prediger, der grundsätzlich vom biblischen Evangelium her lebe und von dieser Basis ausgehend den Kalten Krieg durch Dialoge zu überwinden suche. Künzlis Artikel zeichnet sich durch eine wohlwollende sachliche

78 KBA 15521.

79 Zur Person siehe Sidler (wie Anm. 61).

80 Arnold Künzli, Helmut Gollwitzer, der Unbequeme, in: National-Zeitung Nr. 275, Sonntag, 18. Juni (Sonntagsbeilage). Auf der dem Artikel beigefügten Photographie sind – wohl nicht ganz zufällig – Gollwitzer und Eduard Thurneysen abgebildet und nicht etwa Barth.

81 Zum Begriff siehe Bernhard Degen, Nonkonformismus, in: Historisches Lexikon der Schweiz (HLS), elektronische Ausgabe: <http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D48028.php> [16. September 2009].

82 Künzli schickte Gollwitzer am 16.7.1961 seinen Artikel. Siehe EZA, 686 / 685.

83 Diese später von der gegnerischen Presse kritisierte Vorgehensweise gab Lieb in einem Brief an Gollwitzer zu. Zschokke griff Lieb wegen dieser Indiskretionen in einer Kuratelsitzung heftig an. Vgl. EZA, 686 / 7259: Lieb an Gollwitzer (ohne Datum).

Argumentation aus, worin er die Vielschichtigkeit Gollwitzers zutreffend skizziert und zusammenfassend fragt: «Ist dieser Mann deshalb ein ›Prokommunist‹? Es ist ein zutiefst beschämendes Zeichen für den Zerfall des politischen Bewusstseins und des publizistischen Verantwortungsgefühls, dass man sich mit dieser Frage überhaupt ernsthaft beschäftigen muss.» Barth und Gollwitzer dankten Künzli für sein Eintreten, Gollwitzer erklärte aber, er zögere nun nach den Vorkommnissen, eine allfällige Berufung anzunehmen.⁸⁴ Einen weiteren Artikel zugunsten von Gollwitzer veröffentlichte der junge Mittelschullehrer Markus Mattmüller (1928–2003), der Ragaz-Biograph und spätere Basler Professor für Geschichte in der Arbeiter-Zeitung.⁸⁵

Künzlis engagiertes aufklärerisches Bemühen eröffnete den Gegnern insofern einen neuen Angriffspunkt, als sie seine ehrliche Feststellung, dass Gollwitzer keine «Regale voll dickleibiger Dogmatiken oder Theologumena» geschrieben habe, genüsslich anführten, um zusätzlich zum Vorwurf der politischen Unzuverlässigkeit jenen unzureichender Wissenschaftlichkeit zu formulieren. Das tat beispielsweise Peter Dürrenmatt in den Basler Nachrichten,⁸⁶ der sich unter dem Titel «Theologie und Politik»⁸⁷ gegen das «Pamphlet des Herrn Künzli» breit über Gollwitzers angeblich mangelnde wissenschaftliche Qualifikation ausliess. Dürrenmatt stellte Gollwitzer als vornehmlich «politisierenden Theologen» dar, der zudem die «christlichen Wurzeln des westlichen Freiheitsbegriffes» leugne. Über diese Unterstellung hinaus behauptete er:

«Als Theologe geht es ihm ausschließlich um Gottes Herrschaftsanspruch über die Welt, und folglich bagatellisiert er die kommunistische Gefahr an und für sich. Aber er geht noch weiter. Weil er die Realität der freien politischen Lebensform nie erfahren hat, glaubt er nicht an die Echtheit des westlichen Freiheitswillens. Autoritär, wie die meisten dialektischen Theologen, imponiert ihm irgendwo die zielvolle Geschlossenheit des kommunistischen Systems.»

Zusammenfassend und abschliessend disqualifizierte Dürrenmatt den Berliner Theologen, indem er seine theologische Existenz als

84 Sidler (wie Anm. 61), S. 222.

85 Markus Mattmüller: Wer ist Helmut Gollwitzer? in: Arbeiter-Zeitung, 20. Juni 1961.

86 Die Basler Nachrichten liessen in den Leserbriefen aber auch Befürworter von Gollwitzer zu Wort kommen. Siehe beispielsweise «Diskussion über Oistrach und Gollwitzer», in: Basler Nachrichten, 22. Juni 1961, 1. Beilage zu Nr. 260.

87 Basler Nachrichten 24./25. Juni 1961, 1. Beilage zu Nr. 263.

politisches Taktieren degradierte und seine politische Haltung als «unzuverlässig, unklar, schwankend» titulierte. Diese mit antideutschen Ressentiments und antikommunistischer Polemik aufgeladene Abrechnung Dürrenmatts mit den theologischen und politischen Gegnern ist ein illustres Beispiel für das damalige politische Klima.

Die zeitliche Platzierung des Artikels war wiederum geschickt gewählt, fand doch wenige Tage später eine ausserordentliche Sitzung der Synode der Evangelisch-reformierten Kirche Basel-Stadt statt. Dort wurden zwei Interpellationen der liberalen Pfarrer Max Frischknecht (1918–1997), St. Matthäus, und Hans Rudolf Rothweiler (1920–1991), Riehen-Bettingen,⁸⁸ diskutiert, die sich mit massiven Vorwürfen gegen die Berufung von Gollwitzer wandten und «ein ehrliches, ein Wort, das in Spruch und Widerspruch die ganze tatsächliche Problematik dieser geplanten Berufung zeigt», forderten.⁸⁹ Rothweiler beispielsweise befürchtete, dass durch Gollwitzer in Teilen der Bevölkerung «das Vertrauen in die Grundrechte und in die Verfassung» der Schweiz erschüttert werden könnte.⁹⁰ Die Synode distanzierte sich allerdings mehrheitlich von den beiden Interpellationen und Kirchenratspräsident Pfarrer Rudolf Vollenweider (1898–1964) verwies auf die üblichen Abläufe von Berufungen, die eine direkte Mitwirkung der kirchlichen Behörden nicht vorsahen. Bei aller beabsichtigten Zurückhaltung äusserte sich der Kirchenrat zustimmend gegenüber Gollwitzer und sprach der Fakultät das Vertrauen aus.⁹¹

Die auf der Synode anwesenden Vertreter der Fakultät bedauerten die Auseinandersetzungen. Dekan Jenni betonte, dass Gollwitzer in erster Linie Theologe sei und Hendrik van Oyen wies Rothweilers Angriff zurück, indem er die deutliche Abstimmung in der Fakultät sowie die theologisch «ausgezeichnete Persönlichkeit» Gollwitzers unterstrich.⁹² Schliesslich verabschiedete die Synode mit überwältigender Mehrheit eine von Pfarrer Emanuel Keller-

88 Rothweiler veröffentlichte seine Interpellation, versehen mit einer ausführlichen Begründung, im Oktober 1961 in der liberalen Zeitschrift «Schweizerische Theologische Umschau» 31 (1961), S. 187–191.

89 Privatbesitz Ernst Jenni: Max Frischknecht an den Präsidenten der Synode, 21. Juni 1961 (Abschrift).

90 Ebd.: Hans Rudolf Rothweiler an den Präsidenten der Synode, 20. Juni 1961 (Abschrift).

91 Ebd.: Erklärung des Evangelisch-reformierten Kirchenrates Basel-Stadt, 26. Juni 1961.

92 «Die Synode bedauert die Polemik um Professor Gollwitzer», in: Basler Nachrichten, 29. Juni 1961, Nr. 270; National-Zeitung, 29. Juni 1961; sowie Schweizerischer Presse- dienst, Zürich, 30. Juni 1961, Nr. 27, Blatt 6–8.

hals (1898–1973) vorbereitete Resolution, die zwar die entstandene Polemik bedauerte und der Fakultät wie den Behörden das Vertrauen aussprach, aber auf eine weiter gehende Positionierung verzichtete.

Anders als die Synode votierten die Basler Theologiestudierenden mit Verweis auf die zukünftige Attraktivität und Internationalität der Fakultät offensiv für Gollwitzer.⁹³ Gleichzeitig wandten sich sechshunddreissig Bündner Pfarrer mit einem Schreiben an die Basler Regierung, in dem sie Gollwitzers «Koexistenzpolitik» verurteilten und einer «theologisch verbrämten Erweichung der entschiedensten Abwehr gegen ein Gewaltsystem der Gottlosigkeit» in «christlicher und eidgenössischer Verbundenheit» widersprachen.⁹⁴ Knapp zwei Wochen später erklärten hingegen einundfünfzig Zürcher Pfarrer ihre aufrichtige Freude über eine in Aussicht gestellte Berufung Gollwitzers.⁹⁵ Diese unterschiedlichen Stellungnahmen zur möglichen Berufung Gollwitzers zeigen einerseits exemplarisch den theologischen Pluralismus und andererseits die Brisanz dieser Angelegenheit innerhalb des deutschschweizerischen Protestantismus in den frühen 1960er Jahren.

Einen Tag nach der Synode und noch unter dem Eindruck von Dürrenmatts Artikel schrieb Ernst Staehelin an seinen langjährigen Fakultätskollegen Karl Barth einen Brief, weil «der Fall Gollwitzer so hohe Wellen zu werfen begonnen» hatte.⁹⁶ Er bemühte sich, sein Verhalten der letzten Wochen zu begründen und legte Barth eine Abschrift seines Briefes an Zschokke bei. Dieser Brief deutet an, dass die Kommunikation zwischen Staehelin und Barth beeinträchtigt war, denn die beiden Professoren hatten sich vormittags gesehen, ohne über die im Brief thematisierte Angelegenheit zu sprechen. Nachmittags erhielt Barth dann Staehelins Eilbrief.⁹⁷ In der Fakultät ging man inzwischen davon aus, dass sich die Klärung der Barth-Nachfolge auch noch im Wintersemester hinziehen würde. Deshalb stellte man an die Kuratel den Antrag, dass Barth weiter mit reduziertem Deputat lesen dürfe.

93 «Man sollte den Studenten Helmut Gollwitzer nicht verweigern. Eine Resolution der Theologischen Fachschaft der Universität», in: Basler Nachrichten, 30. Juni 1961, 2. Beilage zu Nr. 273.

94 KAB 15523: nicht datierter Zeitungsartikel.

95 Tages-Anzeiger für Stadt und Kanton Zürich, 12. Juli 1961.

96 KBA 9361.1050: Staehelin an Barth, 29. Juni 1961.

97 Karl Barth notierte seine Irritation auf dem Brief: «Kam als Eilbrief, nachdem der Vf. und ich uns am Vormittag des 27. ohne das Thema zu berühren, getroffen hatten.» Vgl. ebd.

Anfang Juli nahmen weitere Zeitungen den Fall Gollwitzer auf und gaben höchst unterschiedliche Kommentare ab. Die Zeitschrift *Das Arbeiterwort*⁹⁸ beispielsweise verband die Verteidigung Gollwitzers mit einer Anklage gegen die Jesuiten und gegen den «politischen Katholizismus in seiner klerikal-faschistischen Form.» Die Appenzeller-Zeitung hingegen wandte sich gegen eine Berufung Gollwitzers.⁹⁹ Die Tageszeitung *Die Tat* unterstützte Gollwitzer mit einem Artikel des Berner barthianischen Pfarrers und Dichters Kurt Marti (1921),¹⁰⁰ die *National-Zeitung* widmete wiederum eine Sonntagsbeilage dem Fall Gollwitzer.¹⁰¹ Darin bezogen neben dem Inlandsredaktor Rolf Eberhard (1908–1966) («Theologie und Politik»), der ehemalige Münsterpfarrer und Theologieprofessor Eduard Thurneysen («Gollwitzer als moderner Theologe»), der Professor für neuere deutsche Literaturwissenschaft und Essayist Walter Muschg (1898–1965) («Universität – Stätte freien Geistes») sowie Pfarrer Emanuel Kellerhals («Von der Kirche aus betrachtet») mit der Absicht Stellung, die massiven Einwürfe Dürrenmatts wirkungsvoll zu entkräften. Wie zuvor schon Künzli legten alle vier Autoren grossen Wert auf nüchterne Sachlichkeit, stellten Gollwitzers Werk in unterschiedlichen Perspektiven dar und präsentieren ihn als einen «Theologen von Format».

Dieser sachliche, abwägende Diskurs blieb allerdings in einer Zeit hoch aufgeladener politischer Emotionalität recht wirkungslos. Der verbreiteten öffentlichen Meinung entsprach viel mehr die Polemik des promovierten Theologen und Zürcher FDP-Gemeinderates Ernst Bieri (1920–2003),¹⁰² der als Inlandsredaktor der *Neuen Zürcher Zeitung* am 3. Juli in die publizistische Debatte eingriff,¹⁰³ um sich gegen die von Seiten der Befürworter Goll-

98 *Das Arbeiterwort*, hg. von der Proletarischen Aktion und von der Sozialistischen Arbeiterkonferenz, Zürich 1952–1969. Hier: «Bekennendes Christentum unerwünscht», in: Ausgabe Juni/Juli 1961.

99 «Diskussion um die Nachfolge des Theologieprofessors Karl Barth in Basel. Politische Schatten über grossen Männern», in: *Appenzeller Zeitung*, 1. Juli 1961, Nr. 152. Die Zeitung druckte aber auch die Resolution der Basler Studierenden ab.

100 Kurt Marti, Streit um eine Professorenachfolge, in: *Die Tat*, 1. Juli 1961. Marti selbst erlitt ein ähnliches Schicksal wie Gollwitzer, denn der Regierungsrat des Kantons Bern verweigerte ihm 1972 aus politischen Gründen eine Professur für Homiletik, obwohl ihn die Berner Theologische Fakultät zur Wahl vorgeschlagen hatte.

101 Vom Auftrag der protestantischen Theologie heute. Zur Diskussion um die Nachfolge von Karl Barth, in: *National-Zeitung*, 2. Juli 1961, Beilage zu Nr. 299.

102 Martin Illi, Ernst Bieri, in: *HLS*, Bd. 2, S. 414.

103 Ernst Bieri, Eine umstrittene Professorenwahl in Basel. Disput um Gollwitzer, in: *Neue Zürcher Zeitung*, 3. Juli 1961, Morgenausgabe Nr. 2505.

witzers erhobenen Vorwürfe einer «politischen Hexenjagd» sowie gegen das «Unterstützungsfeuer für Gollwitzer» der National-Zeitung zu wehren. Bieri berichtete zunächst über den Verlauf des Berufungsverfahrens und die zurückliegenden Debatten, bevor er mit einer Demontage Gollwitzers einsetzte. Dabei präsentierte er diesen als einen Theologen, der es ablehne, «vom christlichen Glauben aus einen ins Gewicht fallenden, «existentiellen» Wertunterschied zwischen dem totalitären Kommunismus und dem demokratischen Rechtsstaat zuzugestehen». Ferner warf er Fritz Lieb, dem Vorsitzenden der Sachverständigenkommission vor, Künzli vertrauliches Material zugespielt zu haben. Drittens hätten sich der europäische und auch der schweizerische Protestantismus «von den neutralistischen Ohrenbläsern bereits weit genug in das bedenkliche Fahrwasser der «inneren Emigration» von der demokratischen Staats- und Lebensform locken lassen». Bieri lehnte jeglichen Dialog zwischen Christen und Marxisten ab und denunzierte deshalb Männer wie Gollwitzer als gefährliche und staatsgefährdende Agenten des Kommunismus.

Gollwitzer interpretierte diese Angriffe als «ein äußerst Besorgnis erregendes Symptom» und erschrak über die Bedenkenlosigkeit der «Unterstellungen, Verfälschungen und üblen Auslegungen in einzelner meiner Worte und Taten.» Er sah in ihnen Symptome dafür, «daß liberale Systeme und Denkweisen den Kalten Krieg auf die Dauer nicht aushalten.» Konkret formulierte er:

«Der Totalisierungsprozess geht viel rapider voran als wir uns gewöhnlich bewußt sind. Noch sind die Gesetze und objektiven Ordnungen liberal, aber die Menschen sind es nicht mehr, und wir haben in Deutschland schon einmal erlebt, daß dann auch die Liberalität der Ordnungen zu Ende geht.»¹⁰⁴

Seine Ängste bestätigte ein Artikel in der Zeitung *Der Republikaner*.¹⁰⁵ Der 1933 zum Katholizismus übergetretene Rechtspopulist James Schwarzenbach (1911–1994)¹⁰⁶ erklärte dort kategorisch, dass für Gollwitzer kein Platz in der Schweiz sei. In seinem Artikel

104 EZA, 686 / 685: Gollwitzer an Waldemar Muischneek (Baden Schweiz), 3. Juli 1961.

105 James Schwarzenbach, Kein Platz für Prof. Gollwitzer in der Schweiz, in: *Der Republikaner*, 6. Juli 1961.

106 Von 1957–1961 war Schwarzenbach Chefredaktor der *Zürcher Woche*; 1963/64 übernahm er den *Republikaner*. Zu Schwarzenbach siehe Isabel Drews: «Schweizer erwache!». *Der Rechtspopulist James Schwarzenbach (1967–1978)*, Frauenfeld [u.a.] 2005; Thomas Buomberger: *Kampf gegen unerwünschte Fremde. Von James Schwarzenbach bis Christoph Blocher*, Zürich 2004, S. 97–196.

rechnete er allerdings zunächst mit Barth und dessen politischen Stellungnahmen ab, die unabsehbaren Schaden angerichtet und zur «Verwirrung der Gemüter beigetragen» hätten, um anschließend Gollwitzer zu verurteilen. Schwarzenbach rief am Ende seine Leser und Leserinnen auf, an die Theologische Fakultät einen «flammenden» Protest zu schreiben, um Stellung gegen Gollwitzer zu nehmen. Am 27. Juli erschien im *Republikaner* ein solcher überaus langer Protestbrief «eines guten Republikaners und aufrechten Schweizers», der zu einem Rundumschlag nicht nur gegen Gollwitzer ausholte, sondern gegen jegliche politische Ambitionen in der Kirche. Stattdessen forderte er «senkrechte Schweizer, mit unpolitischem, aber charakterlichem Rückgrat, ganz besonders auf unseren Kanzeln».¹⁰⁷

Neben diesem öffentlichen Brief sind ungefähr zwanzig Briefe von Gegnern und Unterstützern Gollwitzers überliefert, welche anschaulich die öffentliche Diskussion jenseits der akademischen und publizistischen Ebenen widerspiegeln.¹⁰⁸ So schrieb beispielsweise ein Bezirkslehrer aus dem Kanton Solothurn:

«Wer mit gutem Wissen und Gewissen contra Atom predigt, verdirbt auch in der Schweiz den Tonangebenden ihr «Spiel». Solche Spielverderber wirft man alle unbesehen in den Kehrichtkübel «Kommunist». Am 1. August rühmt der Festredner die freie Ueberzeugung, und am 2. August bekämpft er gehässig einen Gollwitzer».¹⁰⁹

Ein Zürcher Diplomingenieur lehnte Gollwitzer hingegen mit folgender Begründung ab:

«Professor Gollwitzer ist lange Jahre in Gefangenschaft in Russland gewesen, nachdem er die Scheusslichkeiten des Hitler Regimes durchmachen musste. Sicher ist er auch einer oder mehrerer Hirnwäschen unterzogen worden. Somit ist sein Charakter und auch sein Wesen so verwandelt worden, dass er nicht mehr rein wissenschaftlich tätig sein kann. Die Folge ist seine merkwürdige Einstellung zum Kommunismus und der Mangel alle hiefür notwendige Gegenwehr aufzubringen.»¹¹⁰

107 Karl Däppen (Chur), Ein Republikaner schreibt an das Dekanat der Theologischen Fakultät der Universität Basel, in: *Der Republikaner* 27. Juli 1961, Nr. 13. Zwei kritische Reaktionen auf diesen «Brief» druckte *Der Republikaner* am 10. August 1961 ab.

108 Die Briefe befinden sich im Privatbesitz von Ernst Jenni.

109 Otto Stebler an das Dekanat der Theologischen Fakultät, 15. Juli 1961.

110 H. Hürlimann an das Dekanat der Universität Basel, 14. Juli 1961.

Gollwitzer selbst erhielt nach dem Pamphlet des Republikaners auch einige Solidaritätsschreiben. Ein Zürcher Pfarrer schrieb betrübt:

«Es ist mir ein Bedürfnis, Sie mit diesen Zeilen herzlich zu grüßen. Ich schäme mich für unser Land, dass wir neben Portugal und Spanien bald das reaktionärste Zentrum Europas sind! Allerdings ist Zürich wesentlich schlimmer als Basel. Um so nötiger wäre es, dass sie nach Basel kämen, um dort den traditionell andern Geist, als der von Zürich sich in den letzten Jahren ausgebreitet hat, weiterzupflegen».¹¹¹

Karl Barth, der in dieser Zeit «völlig stumm» blieb,¹¹² kommentierte Anfang Juli den entbrannten Streit mit Enttäuschung und Sorge als «McCarthy-Schwierigkeiten».¹¹³ In anderem Zusammenhang sprach er auch von einem «kleinen baslerischen bzw. gesamtschweizerischen Kirchenkampf um Gollwitzer», an dem er zwar nicht teilnehme, «in dem sich aber sonst Vieler Herzen Gedanken offenbart» hätten.¹¹⁴ Dabei wurde ihm auch deutlich, dass viele der Angriffe auf Gollwitzer eigentlich ihm galten.¹¹⁵ In einem Brief an seinen in den USA lehrenden Sohn Markus (1915–1994) berichtete er:

«Ueber das, was hier gespielt wurde und noch wird, bist du wohl einigermassen im Bilde. Seither hat auch die NZZ eine Breitseite von Giftgranaten gegen Gollwitzer abgefeuert. Schon nimmt auch die Mittelpresse (Appenzeller Zeitung u. dgl.) den Kampf auf. Eine richtige Schweizerei, deren Getöse vermutlich bald einmal auch die Aufmerksamkeit des Auslands auf sich ziehen wird. Ueber den Ausgang lässt sich noch nichts sagen. Man hört, dass die Regierung sich erst Ende August entscheiden werde – das kannst du dann also gerade hier miterleben. Meint man, es könne ja nicht anders sein, als dass das viele Vernünftige, was nun für G.[ollwitzer] gesagt worden ist, durchschlagen müsse, so bleibt doch auch das Andere durchaus möglich, dass der rasende See sein Opfer haben wird. Die Basl. Nachrichten,

111 EZA, 686 / 685: Pfr. D. H. Hellstern an Gollwitzer, 8. Juli 1961.

112 KBA 9261.102: Charlotte von Kirschbaum an Gertrud Staewen, 16. Juli 1961.

113 Fangmeier/Stoevesandt (wie Anm. 67), S. 11: Barth an Bischof Albert Bereczky, 18. Juli 1961.

114 Ebd., S. 19: Barth an Ernst Wolf.

115 In einem Brief an Dr. Fritz Schröter, evangelisch-reformierter Senior der Kirchenprovinz Sachsen, schreibt Barth am 27. Juli 1961: «Als der Name Gollwitzer auftauchte, gab es einen erst künstlich erzeugten, aber dann um so gewaltigeren Sturm in unserm teilweise notorisch blöd antikommunistischen Blätterwald, wobei der Sack (G.) geschlagen, der Esel (K.B.) aber gemeint war. Noch weiss kein Mensch, wie das Spiel schliesslich auslaufen mag. Der Vorschlag Gollwitzer stammt nicht von mir, sondern von der Fakultät.» Vgl. KBA 9261.119.

die mit einer kleinen bösen Notiz den ganzen Tanz eröffnet haben, nenne ich nun nur noch «das Organ der Basler Gottlosenbewegung». Die eigentlichen Drahtzieher stecken sicher in Zürich, wo man ja noch vom Straussenhandel 1839¹¹⁶ her Neigung und Uebung in dieser Richtung hat.»¹¹⁷

Eduard Thurneysen informierte seinen Berliner Freund regelmässig über die Entwicklungen in Basel, welche die Anhänger Gollwitzers teils hoffen, teils bangen liessen. Langsam überwog unter ihnen aber eine eher pessimistische Haltung, vor allem, als im Sommer 1961 Vertreter des theologisch liberalen kirchlichen Lagers auch noch offensiv ihren Anspruch auf den Lehrstuhl von Barth erhoben.¹¹⁸ In der Presse erschienen im Juli 1961 fortwährend Leserbriefe: So meldete sich beispielsweise Stickelberger abermals zu Wort, um nun auch noch Fritz Lieb zu diskreditieren.¹¹⁹ Ein anderer Artikel erinnerte im Zusammenhang mit Gollwitzer an die Berufung des Juristen Arthur Baumgarten (1884–1966), der ebenfalls eine «prokommunistische Gesinnung» gehabt habe und später in der DDR zu grossen Ehren gekommen sei.¹²⁰ Hans Heinrich Brunner (1918–1987), der Sohn des Zürcher Theologen Emil Brunner, wandte sich wenig später gegen diese «verfehlt Parallelle» und warb – vermutlich zum Entsetzen seines Vaters – in einem sehr ausgewogenen und klugen Leserbrief um Verständnis für Gollwitzer und für die freie Meinungsäusserung.¹²¹ Obendrein verwarf er die schweizerische «Aengstlichkeit, die als einzige Alternative zum Kommunismus nur den Konformismus sieht

116 Mit dem Begriff «Straussenhandel» oder «Straussenputsch» sind jene Unruhen in Zürich gemeint, welche 1839 die Berufung des Tübinger hegelianischen Theologen David Friedrich Strauß (1808–1874) ausgelöst hatten. Gegen den radikal-kritischen Strauß, der die neutestamentlichen Erzählungen nicht als Berichte über historische Ereignisse, sondern als «Mythen» interpretierte, erhob sich ein gewaltiger Protest. Daraufhin wurde Strauß, ohne auch nur einmal gelehrt zu haben, umgehend pensioniert. Zu Strauß siehe Thomas K. Kuhn: David Friedrich Strauß, in: Theologische Realenzyklopädie 32, Berlin/New York 2001, S. 241–246.

117 KBA 9261.97: Karl Barth an Markus Barth, 7. Juli 1961.

118 Die beiden Basler Pfarrer Hans Kirchhofer (1920) und Heinrich Schlegel (1921) beispielsweise beklagten in den Basler Nachrichten die theologische Einseitigkeit der Basler Theologischen Fakultät und schlugen deshalb als Nachfolger Barths die Liberalen Buri oder Neuenschwander vor. Vgl. H. Kirchhofer und H. Schlegel, Die insulare Stellung der Basler Theologischen Fakultät, in: Basler Nachrichten 14. Juli 1961, 2. Beilage zu Nr. 265.

119 Rudolf Stickelberger: Leserbrief, Weltwoche, 7. Juli 1961.

120 H. F. Pfenniger: Leserbrief, Neue Zürcher Zeitung, 7. Juli 1961.

121 Hans Heinrich Brunner: Leserbrief, Neue Zürcher Zeitung, 15. Juli 1961.

und darum meint, einen Nonkonformisten mit dem Mittel erledigen zu müssen, das die Amerikaner ‹character assassination› nennen». ¹²²

Ein neues Verfahren

In den ersten drei Wochen des August – und damit in der Ferienzeit – ruhte die Debatte über Gollwitzer in der Schweiz weitgehend. ¹²³ Dagegen veränderten sich die Verhältnisse in Berlin durch den Mauerbau am 13. August erheblich. ¹²⁴ Diese neue Situation sollte – neben dem schweizerischen Streit – auch Gollwitzers Überlegungen nachhaltig beeinflussen. Das wird in einen Brief deutlich, den er gut zwei Wochen nach dem Mauerbau an Barth schrieb:

«Schwieriger ist es mit der Lage Berlins, deren Zuspitzung unvermeidlichen Einfluss auf meine Überlegungen hat. Einerseits ist es, wenn die jetzigen Verhältnisse bleiben sollten, gerade von hier aus kaum möglich den Leuten in der DDR irgend einen Dienst zu tun, andererseits ist es z.Zt. und wohl noch einige Zeit lang moralisch kaum möglich von Berlin wegzugehen. Die Lage Westberlins sehe ich auf längere Zeit hinaus pessimistisch. – Aber wer weiss, ob ich überhaupt in die Lage komme mir über einen Ruf Gedanken machen zu müssen?» ¹²⁵

Und dieser Ruf verzögerte sich weiter. Zwar trat am 21. August der Erziehungsrat zusammen und behandelte endlich die Nachfolge Barths, doch bei der Abstimmung kam es bei einer Enthaltung zu einem Patt von vier zu vier Stimmen. ¹²⁶ Deshalb gab der Erziehungsrat das Geschäft an die Fakultät mit folgenden Auflagen zurück: Er forderte eine Kandidatenliste mit grösserer Auswahl sowie eine präzisere Darstellung der wissenschaftlichen Leistungen Gollwitzers. Damit gestand er dessen erneute Nomination zwar zu, doch standen die Chancen für eine zukünftige Mehrheit im Erziehungsrat schlecht, so dass sich die

122 Auch Charlotte von Kirschbaum forderte eine Überwindung der Angst vor dem Osten. Siehe KBA 9261.102: C. von Kirschbaum an Gertrud Staewen, 16. Juli 1961: «Es ist wahrhaftig, gerade auch um der Schweiz willen, notwendig, dass einige diesen dämonischen Angstkreis vor dem Osten durchbrechen.»

123 Das Nachrichtenmagazin *Der Spiegel* (Nr. 32) berichtete allerdings am 2. August 1961, S. 54, ausführlich über das Basler Verfahren.

124 Siehe dazu Edgar Wolfrum: *Die Mauer. Geschichte einer Teilung*, München 2009; Fred Taylor: *Die Mauer: 13. August 1961 bis 9. November 1989*, München 2009.

125 KBA, 9361.1217: Gollwitzer an Barth, 28. August 1961.

126 EZA, 686 / 7259: Lieb an Gollwitzer, 14. September 1961.

Hoffnung der Fakultät auf einen anders votierenden Regierungsrat richten mussten.¹²⁷

Während der Semesterferien beantragte Dekan Jenni eine Verlängerung der Lehrerlaubnis für Barth. Ferner planten Lieb und Gollwitzer einen Besuch Gollwitzers in Basel vor der ersten Fakultätsversammlung. Zwischenzeitlich wurde auch Ernst Staehelin aktiv, indem er mit seinem Bonner Kollegen, dem Neutestamentler Philipp Vielhauer (1914–1977), Kontakt aufnahm. Er erbat eine Stellungnahme zum Wirken Heinrich Otts, der während der beiden vorangegangenen Semester den Lehrstuhl des im Mai 1960 verstorbenen Hans Joachim Iwand (1899–1960) vertreten hatte. Anfang Oktober stellte Vielhauer dem jungen Basler Privatdozenten ein ausgezeichnetes Zeugnis aus. Er lobte sowohl Otts wissenschaftliche Qualität als auch dessen hervorragende didaktische Fähigkeiten und bilanzierte:

«Er ist – nach seiner Bonner Tätigkeit zu urteilen – auch ein guter Lehrer, der von wahren pädagogischen Eros bestimmt ist, den Stoff interessant zu machen versteht, und die Studenten zu wirklichem Verständnis und sauberem Durchdenken theologischer Probleme anleitet. Jedenfalls – das kann ich ohne Übertreibung sagen – war seine Wirksamkeit in Bonn ein voller Lehrerfolg.»¹²⁸

Dieses Gutachten liess Staehelin in die weiteren Beratungen einfließen,¹²⁹ zumal auch in Teilen der basellandschaftlichen Pfarerschaft für Ott als Nachfolger Barths votiert wurde.¹³⁰ Ende Oktober war Gollwitzer, der regelmässig Ferien in der Schweiz verbrachte, in Basel und traf sich mit Vertretern der Fakultät. Am 2. November fand die erste Fakultätsversammlung des Wintersemesters statt, in der nach «ausgiebiger Diskussion» acht Kandidaten nominiert wurden. Hendrik van Oyen schrieb gemeinsam mit Eduard Thurneysen das Gutachten, wobei letzterer den Teil über Gollwitzer verfasste.¹³¹

Etwa gleichzeitig begann nun auch die politische Polizei in Basel sich mit dem «Fall Gollwitzer» zu beschäftigen. Dieses nach derzeitigem Kenntnisstand für Basler Berufungen singuläre Vorgehen erhält eine zusätzliche Brisanz, weil der als politische Polizei fungierende Spezialdienst der Kantonspolizei Basel-Stadt sogar Informationen

127 StABS, UNI-REG 13a 3-1 (1) 2: Zschokke an Jenni, 23. August 1961.

128 UBBS, Nachlass 124, D 1,3: Philipp Vielhauer an Ernst Staehelin, 3. Oktober 1961.

129 Im Gutachten vom 22. Dezember 1961 wird wohl auf dieses Zeugnis Bezug genommen.

130 UBBS, Nachlass 124, D 1,4: Dekan Pfr. Philipp Alder an Staehelin, 25. November 1961.

131 StABS, Universitätsarchiv 0 2c: Protokoll der Fakultät, 2. November 1961.

bei der Bundespolizei in Bern einholte. Das Kommissariat IV der Bundespolizei zog daraufhin Erkundigungen über Gollwitzer ein und wandte sich deshalb vermutlich an das deutsche Bundesamt für Verfassungsschutz.¹³² Dieses lieferte einen recht kurzen Bericht über Gollwitzer und hob seine Vernetzung mit kommunistischen Gruppen unübersehbar hervor. Zunächst vermerkte der Bericht für die Jahre 1954/55 Gollwitzers Verbindungen zum «Deutschen Club 1954», der auf «kommunistische Initiative gegründet» worden sei und nun von dem «kommunistischen Funktionär Paul Neuhöffer¹³³ gesteuert» werde. Diese Gruppe beschreibt der Verfassungsschutz weiter mit den Worten: «In dem Club sind Intellektuelle lose vereinigt, die für eine neutralistische Politik Deutschlands mit nationalistischer Färbung eintreten.» Der zweite Eintrag bezieht sich auf eine «Petition», die Gollwitzer unterschrieben hatte. Dazu heisst es in dem Bericht:

«1957 unterzeichnete Prof. Dr. G. eine als Petition aufgemachte Propagandaschrift des «Fränkischen Kreises» an den Deutschen Bundestag, in der gegen eine atomare Rüstung der Bundeswehr protestiert wurde. Der «Fränkische Kreis» ist ein lockerer Zusammenschluss von Intellektuellen und Künstlern, der ebenfalls auf kommunistische Initiative zustande gekommen ist und seit seinem Bestehen von Kommunisten kontrolliert wird. Mit Hilfe dieses Kreises suchen die Kommunisten Unterstützung für ihren Kampf gegen die Aussen- und Wehrpolitik der Bundesregierung.»

Drittens wird Gollwitzers Teilnahme an den Christlichen Friedenskonferenzen in Prag (1955 und 1960) angeführt und auf einen beiliegenden Bericht vom 1. Dezember 1960 verwiesen, der diese Konferenzen analysiert. Schliesslich nennt der Verfassungsschutz noch den erst kurze Zeit zurückliegenden Streit um den Evangelischen Kirchentag:

«Im Sommer 1961 sprach sich Prof. Dr. G. gegen die Durchführung des Evangelischen Kirchentages in Westberlin aus. Er griff in diesem Zusammenhang die Leitung des Evangelischen Kirchentages scharf an, weil sie den «kalten Krieg» unterstütze, indem sie als Ort des Kirchentages Westberlin bestimmt habe.»

132 StABS, PD-REG 5a 1 5025: Akte des Spezialdienstes über Helmut Gollwitzer. Eine Nachfrage beim deutschen Bundesamt für Verfassungsschutz brachte allerdings keine weiteren Erkenntnisse.

133 Neuhöffer, der spätere Leiter des linken Kölner Pahl-Rugenstein-Verlags, stand den Kommunisten nahe.

Die Berner Bundespolizei schickte neben diesen Dokumenten aus Deutschland auch noch einen Bericht des Nachrichtendienstes der Kantonspolizei Zürich über Gollwitzer nach Basel. Knapp zehn Jahre zuvor hatte Gollwitzer während eines kurzen Urlaubs, den er in der Zürcher reformierten Heimstätte Boldern bei Männedorf verbrachte, zwei Vorträge gehalten.¹³⁴ Die Mitschrift des ersten Vortrags lag dem Bericht bei, der sowohl an die Schweizerische Bundesanwaltschaft in Bern wie an die Stadtpolizei in Zürich gegangen war.

Mit diesen Informationen aus Bern versehen verfasste der wissenschaftliche Mitarbeiter des Spezialdienstes, Dr. Eugen Heuss (1900–1964), einen als «streng vertraulich» gekennzeichneten elfseitigen Bericht, in dem er «Informationen über die politische Haltung Gollwitzers» lieferte.¹³⁵ Als Grundlage des Berichts dienten neben den eben erwähnten Dokumenten,¹³⁶ Gollwitzers autobiographischem Kriegsbericht und einem Vortragsstenogramm allein zwei Schriften über das Verhältnis von Christentum und Kommunismus sowie eine über Atomwaffen.¹³⁷ Der Verfasser gliedert sein Gutachten chronologisch und beginnt mit der Feststellung: «Die Auseinandersetzung Gollwitzers mit dem Kommunismus bildet in seinem Leben ein zentrales Anliegen. Von seiner Basler Doktordissertation abgesehen, ist ihr fast jede seiner zahlreichen Schriften gewidmet.» Mit einem ausführlichen Zitat aus der Autobiographie wird die politische Einstellung der Jugendjahre und Gollwitzers Neigung zum marxistischen Sozialismus betont, bevor seine Sympathien für verfolgte Kommunisten im Nationalsozialismus ausgebreitet

134 Zunächst hatte er am 11. September 1952 in der Friedenskirche in Zürich vor einer überaus grossen Zuhörerschaft über das Thema «Der Kommunismus in christlicher Sicht» gesprochen; einen Tag später berichtete er in der Seebacher Kirche über seine Erlebnisse in den sowjetischen Gefangenenlagern.

135 StABS, ED-REG 20a 13-9: [Emil Heuss], Professor Dr. Helmut Gollwitzer, 4. Dezember 1961. Ein weiteres Exemplar des Berichts ist im Dossier des Spezialdienstes über Gollwitzer überliefert. Vgl. ebd., PD-REG 5a 1 5025.

136 Wie ausgeprägt der Wunsch nach einer umfassenden Dokumentation war, zeigt das Dankeschreiben des Leiters des Spezialdienstes an die Bundespolizei vom 12. September 1961. Dort verweist der Basler Polizist darauf, dass Gollwitzer auch in einem Bericht vom August 1959 über den Congress for Disarmament and International Cooperation, der vom 16. bis 22. Juli 1958 in Stockholm stattgefunden hatte, als Absender einer Grussbotschaft erwähnt werde. Vgl. ebd.

137 Helmut Gollwitzer: Der Kommunismus in christlicher Sicht. Vortrag in der Friedenskirche Zürich am 11. September 1952, Stenogramm; Ders.: Kann ein Christ Kommunist sein?, Gütersloh 1952; Ders.: Die Christen und die Atomwaffen, München 1957. Ferner gab Heuss an: Eugen Gerstenmaier: Verschleuderung des christlichen Namens? Eine Disputation mit Helmut Gollwitzer. Presse- und Informationsdienst der CDU Deutschlands, Bonn 1960.

werden. Über Gollwitzers Haltung in dieser Zeit schweigt sich der Bericht aus, hier reicht dem Verfasser eine knappe Andeutung. Ausführlicher wendet er sich dem Bericht aus der Gefangenschaft (1945–1950) zu und unterstreicht Gollwitzers Differenzierungsvermögen «hinsichtlich dem Kommunismus als Weltanschauung und dem Stalinistischen Diktatorsystem», wie sie in seinem Bericht aus der Kriegsgefangenschaft deutlich wird. Heuss hält zudem fest, dass Gollwitzer seine Einstellung gegenüber dem «marxistischen Sozialismus» grundsätzlich revidiert und den dialektischen Materialismus sowie den revolutionären Marxismus streng verurteilt habe. Diese eindeutige Haltung sei aber seit den frühen 1950er Jahren verloren gegangen, als Gollwitzer begonnen habe, mit dem Kommunismus in einen Dialog zu treten. Ausserdem wird seine ablehnende Haltung bei der Frage der deutschen Wiederbewaffnung kritisch referiert. Mit Bezug auf Eugen Gerstenmaier verweist der Verfasser darauf, dass hinter Gollwitzer das Konzept der «Neutralisierung Deutschlands» und damit die Auffassung der «sowjetrussischen Deutschlandpolitik» stehe, die auf die Herauslösung Deutschlands aus dem westlichen Bündnis zielte. Im Kontext des Streites um die Atomwaffen wird Gollwitzer als einseitiger Mahner, der nur den Westen kritisch im Blick habe, charakterisiert. Immerhin billigt Heuss dem Berliner Professor zu, dass er sich nicht «völlig dem östlichen Lager verschrieben» habe und nennt bleibende Vorbehalte gegenüber dem Kommunismus. Dass Gollwitzer beim Versuch, zwischen den Fronten zu vermitteln, zahlreiche Ostkontakte pflegen musste, streicht Heuss als erhebliches Problem heraus. Mit Blick auf die Prager «Christliche Friedenskonferenz» zitiert er abschliessend ausführlich – und damit bekommt das Gutachten auch die bereits erwähnte internationale Dimension – eine nicht weiter spezifizierte Beurteilung durch eine «westdeutsche Sicherheitsbehörde» – mit der Heuss vor der durch Pfarrer und Professoren verbreiteten «kommunistischen Propaganda» und damit implizit vor Gollwitzer warnt:

«Unter Berufung auf die christliche Lehre und das christliche Sittengesetz versuchen die Kommunisten und ihnen ergebene Pfarrer, Professoren u.a. sowohl auf internationaler Ebene durch die «Christliche Friedenskonferenz» als auch in Deutschland durch die «Kirchlichen Bruderschaften» die christliche Bevölkerung gegen die antikommunistische Politik ihrer Regierung zu mobilisieren. Während die verschiedenen Erklärungen, Verlautbarungen und Redner immer wieder fordern, dem Konformismus mit der Regierungspolitik der westlichen Staaten und besonders der Bundesrepublik zu entsagen, werden Forderungen bezüglich des Konformismus der östlichen Kirchen tunlichst

vermieden. Wenn die Aufrufe auch keineswegs von repräsentativen kirchlichen Gruppen oder Vertretern erlassen oder unterzeichnet worden sind, so werden sie doch in der gesamten kommunistischen und prokommunistischen Presse propagandistisch ausgenutzt und tendenziös kommentiert. Auch einige kirchliche Zeitschriften der Bundesrepublik, insbesondere die ›Stimme der Gemeinde‹, versuchen diese Gedankengänge der ›christlichen Nonkonformisten‹ zu verbreiten und geben damit der kommunistischen Propaganda weiteren Auftrieb.»¹³⁸

In einer «Schlussbemerkung» hält Heuss zunächst abwägend fest:

«Abschliessend sind wir uns bewusst, dass Gollwitzers politische Haltung nicht mit gewöhnlichen Masstäben gemessen werden darf. Auf engste hängt sie mit der deutschen Tragik zusammen, die mit den Stichworten Weimarer Republik, Nationalsozialismus, Zweiter Weltkrieg und Spaltung Deutschlands anzudeuten ist»,

um dann zum entscheidenden Schlussurteil anzusetzen:

«Gollwitzers Nonkonformismus, der vor der östlichen Diktatur warnt und sich doch immer wieder für den Kommunismus offen hält, der dem Westen den Anspruch auf eine freie Welt zubilligt, um ihm handkehrum das grösste Misstrauen entgegenzubringen, mag darum dort, wo er gewachsen ist, am Platze sein. Ihn in die Schweiz zu verpflanzen, um hier die Lehre von einer Versöhnung mit einem Gegner zu verbreiten, der den Untergang der freien Welt will, halten wir hingegen nicht für empfehlenswert.»¹³⁹

Somit stellte Gollwitzer in der Sicht der politischen Polizei eine potentielle politische Gefahr dar. Auf politischer Ebene dürften deshalb die Würfel schon im Dezember 1961 endgültig gegen Gollwitzer gefallen sein. Das Gutachten ging Regierungsrat Zschokke zu, der sogleich den «interessanten Bericht» verdankte und zehn weitere Exemplare bestellte, die er verteilt haben dürfte.¹⁴⁰ Auf diesem Wege gelangte er vermutlich auch in die Akten der Kuratel.

Die Fakultät, die von diesen polizeilichen Vorgängen vermutlich kaum etwas gewusst haben dürfte, besprach am 13. Dezember das

138 Heuss (wie Anm. 135), S. 10.

139 Ebd.

140 StABS, PD-REG 5a 1 5025: Zschokke an das Polizeidepartement, Spezialdienst, 15. Dezember 1961.

neue Gutachten.¹⁴¹ Die stimmberechtigten Mitglieder¹⁴² setzten wiederum Gollwitzer mit einer Gegenstimme auf den ersten Platz. Es folgten Geiger (einstimmig) und Kreck (eine Gegenstimme). Als Geiger über das Ergebnis informiert wurde, erklärte er, diese Kandidatur nicht angestrebt zu haben. Er hätte vielmehr eine Liste mit den Namen Gollwitzer, Ott und Kreck favorisiert.¹⁴³ Das umfangreiche Gutachten der Fakultät wurde kurz vor Weihnachten der Kuratel zugestellt.¹⁴⁴ Neben den drei platzierten Kandidaten wurden zudem als schweizerische Kandidaten der Neuenburger Professor Jean-Louis Leuba (1912–2005) sowie Fritz Buri, Ulrich Neuenschwander und Heinrich Ott genannt. Erstaunlicherweise geht das Gutachten relativ zurückhaltend auf die in der Presse gegen Gollwitzer vorgebrachten Vorwürfe ein.¹⁴⁵ Das lässt zweierlei vermuten: Zum einen wollte die Fakultät trotz des öffentlichen Drucks nicht ihr Gesicht verlieren. Zum anderen war möglicherweise in der Fakultät die Hoffnung auf eine Berufung Gollwitzers einer gewissen Ernüchterung gewichen, waren doch die Signale der politischen Behörden zu eindeutig gewesen. Deshalb präsentierte man nun den eben erst als Kirchengeschichtler berufenen Max Geiger, der einerseits als politisch unverdächtig galt, zweitens die Barthsche Tradition fortzusetzen versprach und drittens mit Ernst Staehelin, seinem Onkel, einen einflussreichen Fürsprecher hatte. Karl Barth kommentierte diese Entscheidung am Jahresende folgendermassen:

«Die Frage meiner hiesigen Nachfolge befindet sich nach wie vor in einem dead-lock. Die Fakultät hat noch einmal Golli an erster Stelle vorgeschlagen, an zweiter den von der Kgsch. [Kirchengeschichte] zur Systematik überzusiedelnden Max Geiger, an dritter Kreck in Bonn. Am 8. Januar soll die Expertenkommission tagen und dann geht es wieder aufwärts: Kuratel, Erziehungsrat, Regierungsrat, wo es überall zu Torheiten und Bosheiten kommen kann, bis ich endlich und zuletzt (kurz vor dem erwähnten jüngsten Tag) einen Nachfolger haben werde.»¹⁴⁶

141 StABS, Universitätsarchiv 0 2c: Protokoll der Fakultätsversammlung, 13. Dezember 1961.

142 Da der Kirchenhistoriker Max Geiger nun zu den Kandidaten gehörte, trat er in den Ausstand.

143 Es ist auf den ersten Blick schon erstaunlich, dass Geigers Votum im offiziellen Fakultätsprotokoll auftaucht; für die Befürworter von Ott hingegen war diese Dokumentation möglicherweise dienlich.

144 StABS, UNI-REG 13a 3-1(1) 2.

145 Mit Blick auf Gollwitzers Verhältnis zum Kommunismus heisst es beispielsweise nur: «Weit davon entfernt, sich mit der atheistischen Einstellung und mit dem ganzen System des Kommunismus zu identifizieren, nimmt er eine führende Stellung in der kritischen Auseinandersetzung zwischen Kirche und Kommunismus ein.» Vgl. ebd.

146 KBA 9261.193: Karl Barth an Markus Barth, 26. Dezember 1961.

In der Sitzung der Expertenkommission, die am 9. Januar 1962 stattfand, berichtete noch einmal Jenni, obwohl mit Jahresbeginn das Dekanat an van Oyen übergegangen war, über die Vorgänge der letzten Monate und erwähnte dabei auch das Treffen der Ordinarien mit Gollwitzer. Jenni betonte in seinem Votum die Attraktivität Gollwitzers für die Studierenden und verwies nachdrücklich auf die Konkurrenz mit Zürich, wo sich Gerhard Ebeling (1912–2001) zum Bleiben entschieden hatte. Jenni befürchtete nun, dass noch mehr nachpropädeutische Studierende nach Zürich wechselten. Jaspers distanzierte sich deutlicher von Gollwitzer und votierte für Geiger und Buri, ohne dabei allerdings auf eine erneute Nennung von Thieliicke zu verzichten. Tschudi setzte weiter auf Gollwitzer und betonte dessen theologisches Gewicht. Ähnlich wie Jenni argumentierte auch Cullmann mit Blick auf Zürich und unterstrich das Attraktivitäts- und das Konkurrenzargument. Er forderte, in Basel einen theologischen Gegenpol zum «Zentrum der Bultmannschen Theologie» in Zürich aufzubauen. Dafür war seiner Meinung nach Gollwitzer auf Grund seines Renommées besser geeignet als Geiger, der ausserhalb Basels noch zu unbekannt war. Ausserdem berichtete Cullmann von seinen positiven Erfahrungen im persönlichen Umgang mit Gollwitzer und sagte: «Auch in politischer Hinsicht hat er nach dieser Begegnung gar keine Angst mehr. Wenn Gollwitzer nach Basel käme, käme er gerade deshalb, um hier eine ruhige Arbeitsatmosphäre zu finden und von der Politik loszukommen.» Lieb teilte die Meinung der Fakultät und wandte sich gegen Jaspers Votum mit der Erklärung: «Man muss sich darüber Rechenschaft geben, dass in Deutschland eine Atmosphäre herrscht, die die Menschen manchmal wild werden lässt, ohne dass man ihnen dann eine etwas schiefe Denkungsart vorwerfen darf.» Zschokke, den die persönliche Begegnung nicht für Gollwitzer gewonnen hatte, sah dessen Kandidatur wegen der politischen Vorbehalte weiterhin als problematisch an. In seinem abschliessenden Votum wird wieder die enge Verquickung von Gollwitzer und Barth ersichtlicht, wenn es heisst: «Als Theologe ist Barth großartig, als Politiker nicht erfreulich.» Bei der Abstimmung setzte sich dann dennoch der Vorschlag der Fakultät durch¹⁴⁷, wobei Jaspers gegen Gollwitzer und Kreck votierte.

147 Das Abstimmungsergebnis lautet: Gollwitzer 4:1 Geiger: 5:0, Kreck 4:1; Jaspers setzte nur Geiger und Buri auf die Liste. Vgl. StABS, UNI-REG 13a 3-1 (1) 2: Protokoll, 9. Januar 1962.

Die Entscheidung

In der Basler liberalen Pfarrerschaft löste die Nomination von Max Geiger Empörung aus. Man wandte sich mit einer Stellungnahme an die Öffentlichkeit und kritisierte heftig, dass Schulzugehörigkeit vor wissenschaftlicher Qualifizierung rangiere und nannte Buri, Ott und Neuenschwander als geeignetere Kandidaten.¹⁴⁸ Vor allem die Pfarrer Frischknecht und Rothweiler griffen Geiger an. Frischknecht, der bei der Wahl Geigers in der Expertenkommission gesessen hatte, war nun sichtlich erbost über den angestrebten Wechsel und fühlte sich hintergangen.¹⁴⁹ Er reichte deshalb eine neue Interpellation beim Kirchenrat ein und bat um eine Stellungnahme zu dem von der Fakultät vorgeschlagenen «Sesseltausch».¹⁵⁰ Geiger, der sich plötzlich mit unverhofften Angriffen und dem Vorwurf, ein «Verräter» zu sein, auseinanderzusetzen hatte, wandte sich an seinen Onkel Ernst Staehelin und legte ihm seine innere Zerrissenheit dar. Dabei zeigte sich, dass Geiger seinem Kollegen Heinrich Ott gegenüber nicht nur ein schlechtes Gewissen hatte, sondern diesen auch als den fähigeren Systematiker ansah, der ihn eines Tages überflügeln könnte.¹⁵¹ Diese Bedenken wollte Geiger auch den Behörden vorlegen, doch riet ihm Dekan van Oyen wenig später davon ab, und Staehelin bemühte sich darum, Geiger zu beruhigen. Er teilte ihm mit, dass man für Ott ein Extra-Ordinariat

148 Die «Einsendung» einer Gruppe liberaler Basler Pfarrer ist abgedruckt in: Basler Nachrichten, 19. Februar 1962.

149 «Ich habe dabei wirklich nicht gemerkt, dass die Fakultät ihn zunächst und zur Sicherheit einmal auf dem Ordinariat des Kirchenhistorikers abstellen wollte, um ihn dann in ganz sicherer Reserve für die Nachfolge Barths zu haben. Ich nahm ihren Vorschlag durchaus ernst und habe ebenso ernstlich mich mit Geigers Arbeiten beschäftigt. Dabei bin ich zur Ueberzeugung gelangt, dass Geiger als Kirchenhistoriker sich wirklich qualifiziert hat, dass seine systematische Ader eine sehr gut Zugabe zu dieser seiner bisherigen Arbeit darstellt. Dafür aber, dass es ihm zum Dogmatiker langen sollte, sehe ich in seiner ganzen bisherigen Produktion keinen ernsthaften Grund.» Siehe UBBS, Nachlass 124, D 1,5: Max Frischknecht an Ernst Staehelin, 13. Januar 1962.

150 Ernst Jenni privat: Max Frischknecht, Interpellation, 29. Januar 1962.

151 «Es ist schon so, dass die Fragestellung, die ihn fasziniert (das hermeneutische Problem) in der heutigen Theologie ihr Recht fordert und die Aufmerksamkeit voraussichtlich auch in Zukunft auf sich lenken wird. Angesichts dieser Situation muss man sich auch ganz nüchtern die Frage stellen, ob Ott mit der besonderen Art von systematischer Begabung, über die er verfügt, im Zuge der allgemeinen Entwicklung nicht der «erfolgreichere» Mann sein wird als ich mit meiner sehr der Geschichte verpflichteten Arbeitsweise. Es könnte sein, dass man in einigen Jahren feststellen muss, dass die Fakultät die Einbusse, die sie mit dem Rücktritt von Karl Barth erlitten hat, mit meiner Person nicht aufzuhalten und einzuschränken vermochte, währenddem es Ott an irgendeinem andern Platz gelingt, mehr Leute anzuziehen und die Aufmerksamkeit mehr auf sich zu ziehen.» Vgl. UBBS: Nachlass 124, D 1, 6: Max Geiger an Ernst Staehelin, 14. Januar 1962.

vorgesehen habe, von dem er, wenn er sich tatsächlich einen grossen Namen gemacht habe, wegberufen würde.

Die Kuratel trat am 23. Januar 1962 unter dem Vorsitz von Max Staehelin (1909–1988), dem Verwaltungsratsvizepräsident von Ciba-Geigy zusammen. Anwesend waren ferner Fritz Lieb, der Mediziner Franz Merke (1893–1975), der klassische Philologe Bernhard Wyss (1905–1986) und Regierungsrat Zschokke. Max Staehelin hatte sich im Vorfeld der Sitzung intensiv mit Gollwitzer beschäftigt und ein eigenes Gutachten verfasst, in dem er zu dem Schluss kommt, dass Gollwitzer nicht der richtige Mann für Basel sei:

«Unser Kleinstaat muss sich immer wieder und gegenüber allen Seiten für seine Existenz kraftvoll einsetzen können. Hierfür wollen wir kämpfen. Mit diesem Willen zur Unabhängigkeit vertragen sich weiche Stellen nicht. Wir sind nicht soweit, dass wir die Vormachtstellung des Ostens als etwas hinnehmen, mit dem man sich abfinden muss und wobei es nur noch darum gehen kann, das «wie» der Anpassung zu diskutieren. Das aber ist gerade die Einstellung von Prof. Gollwitzer.»

Geschickt ging er dann auf die Fakultät zu, indem er weiterfuhr:

«Dieser Entscheid fällt mir umso leichter, als der von der Fakultät secundo loco vorgeschlagene Prof. Geiger offenbar alle Anforderungen erfüllt, welche die Fakultät stellen muss. Geiger kommt aus der Schule Barth und vertritt dessen Dogmatik. Wichtig ist der Fakultät ja wohl, dass nicht ein Anhänger der Lehre von Prof. Pultmann¹⁵² an die Universität Basel berufen wird, damit die Lehre möglichst geschlossen bleibt. Der wichtigste Unterschied der Thesen von Pultmann gegenüber der Dogmatik von Barth ist darin zu erblicken, dass Pultmann als Faktum lediglich die Kreuzigung anerkennt, alles andere aber, was im Evangelium steht, in das Gebiet der Mystik verweist. Es ist vielleicht bedauerlich, dass nicht versucht wurde, mit Prof. Thielicke Kontakt aufzunehmen oder mit Prof. Leuba in Neuenburg. Von den Ausführungen der Fakultät über die Herren Buri und Ott kann ich nichts sagen. Hievon nehme ich lediglich Kenntnis.»¹⁵³

Dem Votum des Präsidenten schlossen sich bis auf Lieb die übrigen Mitglieder der Kuratel an, so dass am Ende Geiger mit eindeutigem Stimmenverhältnis primo loco gesetzt wurde. Damit hatte sich die Nomination von Gollwitzer eigentlich erledigt, denn es war kaum anzunehmen, dass sich der Regierungsrat gegen dieses Votum der

152 Max Staehelin schrieb «Pultmann» statt Bultmann.

153 StABS, ED-REG 20a 13-9: Max Staehelin [Gutachten] vom 22. Januar 1962.

Kuratel wenden würde. Um Gollwitzer aber endgültig zu demontieren, legte Peter Dürrenmatt am 27. Januar in den Basler Nachrichten noch einmal nach.¹⁵⁴

Anlass seines Artikels war der Abdruck des Vortrags «Der Christ in der kommunistischen Gesellschaft» des Prager Theologie Professors Josef Hromádka (1889–1969) in der Zürcher Woche.¹⁵⁵ Dieser Beitrag löste eine heftige Kontroverse aus, weil sich Hromádka einerseits für einen Dialog zwischen Christentum und Marxismus einsetzte und andererseits erklärte: «Die Art und Weise, wie man gegen die sozialistischen Länder oder den Kommunismus *im Namen des Christentums* vorgeht, ist grundfalsch, verfehlt, pervers, und im Begriff zum Totengräber der Kirchen in vielen Ländern – nicht nur östlichen – zu werden.» Gollwitzer war von der Redaktion der Zeitschrift brieflich zu einem Kommentar aufgefordert worden, mit dem er sich von Hromadkas Äusserungen distanzieren sollte. Dem kam Gollwitzer aber nicht nach. Vielmehr bemühte er sich um Verständnis für den Kollegen.¹⁵⁶ In einem nicht zur Veröffentlichung bestimmten Begleitbrief an die Redaktion, der dann aber doch seinem Artikel vorangestellt wurde, erklärte er seine Übereinstimmung mit Hromádka und beraubte sich damit auch der allerletzten Chancen, einen Ruf nach Basel zu erhalten. Denn auf diese Antwort hin erklärte Peter Dürrenmatt in seinem oben erwähnten Artikel kategorisch:

«Sein politischer Standort ist jetzt bekannt. Ob es freilich tatsächlich möglich ist, wie manche Gottesgelehrte behaupten, ohne Beeinträchtigung der evangelischen Wahrheit, christliche Theologie mit dem Weltbild des historischen und dialektischen Materialismus zu vereinbaren, halten wir persönlich für höchst fragwürdig. Für uns ist der Mann auch theologisch nicht mehr in Ordnung.»

Gollwitzer reagierte, in seinem walliserischen Ferienort Lax Champex weilend, auf diesen Artikel, indem er an seinen Freund Fritz Lieb einen ausführlichen Brief schrieb, der am 11. Februar auch in der National-Zeitung abgedruckt wurde.¹⁵⁷ Dieser Brief, der sich gegen die massiven Vorwürfe Dürrenmatts wehrt, stellt die erste und einzige öffentlich publizierte Stellungnahme Gollwitzers im Streit um seine Berufung dar.

154 Peter Dürrenmatt, Quod erat demonstrandum, in: Basler Nachrichten, 27. Januar 1962.

155 Zürcher Woche, 19. Januar 1962, S. 2. Dort auch das Folgende.

156 Ebd., S. 2: Helmut Gollwitzer, Teilnehmen am Geschick der Christen in den Oststaaten.

157 Rolf Eberhard, Neuer Streit um Gollwitzer, in: National-Zeitung, 11. Februar 1962. Die Basler Nachrichten druckten den Brief am 14. Februar 1962 ab.

Nach Dürrenmatts vernichtendem Artikel schrieb Eduard Thurneysen an Gollwitzer und verschaffte seinem Unmut Luft:

«Du wirst ja gesehen haben, was der Dummkopf und Bösewicht in den Basler Nachrichten gegen Dich geschrieben hat! Wie hat er jene zwei Artikel in der Zürcher Woche entstellt und missbraucht. Die waren doch unanfechtbar gut. Ach, ich schäme mich für Basel und für die Schweiz! Was sind wir doch für mit Blindheit geschlagene Hirtenknaben! Gibt es einen blöder antikommunistisch eingestellten Erdenwinkel als die deutsche Schweiz! Und natürlich steckt hinter allem die Aversion gegen Karl Barth, dem man den gewünschten Nachfolger nicht gönnen will.»¹⁵⁸

In seinem Brief kritisierte Thurneysen auch die Haltung des «dunkle Träume spinnenden» Ernst Staehelin, während er der Fakultät ansonsten attestierte, sich vorzüglich gehalten zu haben. Staehelins Verhalten führte er auch auf rein persönliche Verstimmungen seiner Ehefrau Gertrud (1901–1980), geborene Kutter, zurück, die es anscheinend nicht verwunden habe, dass ihr Vater, Hermann Kutter (1863–1931), in dem in Thurneysens Festschrift abgedruckten Briefwechsel «ein wenig schlecht» weggekommen sei.¹⁵⁹

Ende Februar schickte Gollwitzer einen langen Brief an Barth, in dem deutlich wird, wie sehr sich Gollwitzer an seinen Wirkungs-ort gebunden fühlte, wenn er von «moralischen Verpflichtungen» sprach, die ihn an die Menschen in Berlin und in der DDR band.¹⁶⁰ Wenige Tage später hielt Karl Barth am 1. März seine Abschiedsvorlesung und wurde vom Prorektor, dem Nationalökonom Edgar Salin (1892–1974) mit einer Rede verabschiedet, die das Publikum zu vernehmbaren Unmutsbekundungen provozierte.¹⁶¹

Inzwischen verdichteten sich die Anzeichen, dass die Nachfolge Barths auf Geiger oder Ott zulaufen und das von Barth und anderen erhoffte Wunder einer Berufung Gollwitzers ausbleiben würde. Am 19. März folgte dann die erste Entscheidung: Der Regierungsrat lehnte Gollwitzers Berufung ab, entschied sich aber noch nicht für

158 EZA, 686 / 7541: Eduard Thurneysen an Helmut und Brigitte Gollwitzer, 2. Februar 1962.

159 Ebd.: Thurneysen an Gollwitzer, 2. Februar 1962. Siehe dazu: Lebendige Vergangenheit. Briefwechsel zwischen Eduard Thurneysen und Karl Barth aus den Jahren 1921–1925, in: Gottesdienst – Menschendienst. Eduard Thurneysen zum 70. Geburtstag am 10. Juli 1958, Zollikon 1958, S. 7–173.

160 KBA 9362.164: Gollwitzer an Barth, 26. Februar 1962.

161 Edgar Salin, Laudatio für Karl Barth, hg. von Niklaus Peter, in: Zeitschrift für Neuere Theologiegeschichte 1 (1994), S. 305–312.

einen anderen Kandidaten. Dekan van Oyen schrieb klagend an Gollwitzer, der im Wallis weilte:

«Der Salat sei grösser denn je [...] Die politische Engherzigkeit und Aengstlichkeit der basler Eidgenossen stehen hier Pate. Wir haben uns alle erdenkliche Mühe gegeben sie zu überwinden, aber leider umsonst. [...] Leider fehlt es den Schweizern sehr an Weitsicht. Wer jetzt dran kommt, ist noch gänzlich unsicher. Die liberalen Pfarrer setzen sich für Herrn Neuenschwander ein».¹⁶²

Gollwitzer antwortete sowohl erleichtert als auch besorgt: «So sehr ich nun einer schweren Entscheidung enthoben bin, so sehr muss mich doch ebenso wie Sie die Vorgeschichte der regierungsrätlichen Entscheidung und deren vermutliche Begründung betrüben. Ich halte den ganzen Vorgang für ein äusserst besorgniserregendes Symptom.»¹⁶³ Nach der Entscheidung des Regierungsrates telefonierte Lieb mit Gollwitzer und teilte diesem mit, dass ihm der Basler Polizeidirektor von einer Anfrage der Politischen Polizei beim deutschen Verfassungsschutz berichtet habe.¹⁶⁴ Die «Ungeheuerlichkeit dieses Vorgangs» konnte Gollwitzer zunächst nicht fassen und er kritisierte diese geradezu polizeistaatliche Vorgehensweise heftig.

In Basel sahen manche Beteiligte, wie beispielsweise Max Geiger, nach dem Beschluss des Regierungsrates ein «völliges Chaos». Geiger befürchtete eine neue Chance für die «rührigen Liberalen» mit einem «braven aber nichtssagenden Mann wie Neuenschwander».¹⁶⁵ Bei Geiger, der nach dem regierungsrätlichen Entscheid davon ausgehen konnte, dass entweder er oder Ott berufen würde, scheinen sich in diesen Tagen seine zuvor Staehelin gegenüber geäusserten Fragen und Zweifel dermassen verdichtet zu haben, dass er Ende März Regierungsrat Zschokke und dem Dekan gegenüber seinen Verzicht auf eine weitere Kandidatur zugunsten von Ott erklärte. Als Barth davon hörte, schwand bei ihm auch die letzte Hoffnung auf eine seines Erachtens akzeptable Besetzung, und er schrieb an seinen Sohn Markus:

«Schreckensnachricht nun auch noch – soeben eingelaufen: Max Geiger hat, mir völlig unverständlich, um seinen Freund Ott nicht im Wege zu sein, seine Kandidatur plötzlich zurückgezogen. Alles, was nun kommen mag: Ott, Buri, Neuenschwander ist übel. Es ist Zeit, dass

162 EZA, 686 / 685: Hendrik van Oyen an Helmut Gollwitzer, 20. März 1962.

163 Ebd.: Helmut Gollwitzer an Hendrik van Oyen, 22. März 1962. Hier auch das Folgende.

164 EZA, 686 / 7259: Gollwitzer an Lieb, 22. März 1962.

165 EZA, 686 / 6487: Peter Walter (Gelterkinden) an Helmut Gollwitzer, 26. März 1962.

wir ein wenig nach Amerika gehen und Basel seinem, nun auch von Geiger vorgezogenen und herbeigeführten Elend überlassen. Heute Nachmittag – gerade recht, um Zeuge dieser Katastrophe zu werden, war Ernst Wolf bei uns ...»¹⁶⁶

Am 2. April 1962 beschloss dann der Regierungsrat, auf eine Zurückweisung des Geschäfts an die Fakultät zu verzichten, und mit Heinrich Ott, der auch einen Ruf nach Wien erhalten hatte, Berufungsverhandlungen aufzunehmen. Die Nomination von Kreck hatte den Regierungsrat nicht überzeugt, ihm war wichtiger, einem jungen Schweizer eine Chance zu bieten. Die Wahl Otts durch den Regierungsrat erfolgte einen Monat später am 2. Mai.

Nachspiele

Mit der Berufung von Heinrich Ott war der Lehrstuhl von Barth zwar wieder besetzt, doch die Gemüter beruhigten sich noch lange nicht.¹⁶⁷ In einigen Publikationen wurde der Fall dokumentiert oder aufgearbeitet. Zahlreiche Briefe diskutierten den «Fall Gollwitzer». Thurneysen, der auch noch Jahre später seinem Ärger über diese Basler Entscheidung Ausdruck verlieh,¹⁶⁸ bereitete rasch einen Artikel über den «Fall Gollwitzer» vor. Als Ernst Staehelin davon erfuhr, lud er Thurneysen zu einem «schwarzen Kaffee» ein, um ihn mit Nachdruck von einer Veröffentlichung abzubringen.¹⁶⁹ Thurneysen liess sich aber nicht beirren und so erschien der Beitrag «Warum nicht Gollwitzer?» sowohl im Kirchenblatt für die reformierte Schweiz¹⁷⁰ als auch in der wichtigen deutschen Zeitschrift *Evangelische Theolo-*

166 KBA 9262.80: Karl Barth an Markus Barth, 29. März 1962.

167 Fritz Lieb hatten die Umstände so sehr mitgenommen, dass er nach eigener Aussage davon krank geworden sei. Vgl. EZA, 686 / 7541: Thurneysen an Gollwitzer, 23. März 1964.

168 Siehe dazu die Briefe an Gollwitzer vom 21. Mai 1962, 11. Februar 1963, 27. März 1963, 23. März 1964 und 6. August 1964, in denen Thurneysen immer wieder heftig gegen Ott und die theologischen Gegner polemisierte: «Und dann geht also der Trend der Existentialen weiter, in Zürich und im deutschen Bereich. Ich bin zwar überzeugt, dass diese «Plattfusstheologie», wie Karl sie mit Recht nannte, keiner wirklichen Blüte entgegenreift. Die neue «Aufklärung» die sie heraufführen will, wird gewiss nicht kommen.» Vgl. EZA, 686 / 7541: Thurneysen an Gollwitzer, 6. August 1964.

169 Siehe dazu EZA, 686 / 7541: Briefe von Staehelin an Thurneysen vom 15. und 19. April 1962. Siehe dazu auch UBBS, Nachlass 290 (E. Thurneysen) , B 333, 53: Brief von Thurneysen an Wilhelm Vischer, 25. April 1962.

170 KBRs 118 (1962), S. 130–133.

gie.¹⁷¹ Thurneysen wollte sich nicht mit dem «faulen Frieden» seiner Basler Kollegen zufrieden geben, sondern bewusst «einigen Staub aufwirbeln» und Gollwitzer Gerechtigkeit widerfahren lassen.¹⁷² Seine scharfzüngige Stellungnahme ist einerseits der Versuch einer Ehrenrettung Gollwitzers und Barths, sowie andererseits eine Abrechnung mit dem theologischen Freisinn. Die Veröffentlichungen provozierten bei Staehelin erhebliche Verstimmungen.

Der Basler Studentenpfarrer Robert Leuenberger (1916–2004) hingegen hob in seinem Rückblick die politischen Dimensionen im «Fall Gollwitzer» hervor.¹⁷³ Auf diesen Artikel reagierte Barth ziemlich erobst, korrigierte gewisse Unstimmigkeiten und warf Leuenberger vor, «daß die Art, in der meine Nachfolge hier in Basel geregelt wurde, nur eben ein Werk finsterster schweizerischer Mittelmässigkeit war, das geht Ihnen offenbar weder in den Kopf, noch zu Herzen, noch auf die Nerven».¹⁷⁴ Diese Auseinandersetzung über die «richtige» Lesart des Falles Gollwitzer wurde neben Pressemitteilungen¹⁷⁵ auch in einigen Briefen an Gollwitzer thematisiert. Aber auch Gollwitzer selbst nahm das Thema auf und schrieb beispielsweise ausführlich Anfang Mai an Oskar Cullmann:

«[...] andererseits ist die Baseler Entscheidung selbst in ihrem Inhalt wie in der Form in der sie geschah für mich ebenso kränkend, wie für die Fakultät und ein alarmierendes Zeichen dafür, daß auch der Anti-Totalitarismus totalitär werden kann und die Entscheidung über wissenschaftliche Positionen und über Lehrstühle den reichlich bornierten Maßstäben von Regierungsräten und Journalisten anheim stellt. Dazu kommt, daß Mitglieder der Basler Regierung zur Begründung ihrer Entscheidung in Gesprächen mit Hinweisen auf polizeiliche Recherchen in Deutschland operiert haben, – ein Vorgang, der mit dem

171 Eduard Thurneysen, Hinweise [Warum nicht Gollwitzer? Ein Wort zum Kampf um die Nachfolge Karl Barths in Basel], in: *Evangelische Theologie* 22 (1962), S. 271–277.

172 EZA, 686 / 7541: Thurneysen an Gollwitzer, 21. April 1962. Thurneysen schrieb weiter: «Und nun danke ich Dir für alles treue Aushalten der unerhörten Angriffe, denen Du bei uns ausgesetzt worden bist. Es war mir ganz wesentlich darum zu tun, Deine Ehre in der armen Schweiz ein wenig zu retten, wie auch Karl Barths Abgang bei uns einigermassen zu decken. Es ging ja wirklich alles letztlich gegen ihn, was gegen Dich geschrieben worden ist.»

173 Robert Leuenberger, Pro et contra. Bemerkungen zu einer politischen Kontroverse in der Kirche, in: *Reformatio. Zeitschrift für evangelische Kultur und Politik*, hg. vom Evangelisch-kirchlichen Verein 11 (1962), S. 276–296.

174 Fangmeier/Stoesesandt (wie Anm. 67), S. 70–73, hier 70f.

175 So erschien beispielsweise in den Informationen des Rheinischen Konvents im Juni 1962 eine Glosse «Zum Fall Gollwitzer». Vgl. dazu EZA, 686/ 685: Pfr. Lic. Heinrich Quistorp (Kleve) an Gollwitzer, 27. Juli 1962.

Wesen eines Rechtsstaates nicht mehr vereinbar ist, da es sich hier ja um Belastungsmaterial handelt, [...] das unbekannt bleibt [sic!] und zu dem der Angeschuldigte sich nicht äußern kann. Das alles ist reichlich skandalös und, wie mir scheint, mehr bedrückend noch für die Lage von Universität und Theologie als für mich persönlich.»¹⁷⁶

Dabei äusserte er sich auch zum gewählten Heinrich Ott:

«Was die Berufung von Herrn Ott anlangt, so möchte ich mir auch dazu ein Wort erlauben: Ich habe selbst Herrn Ott, den ich persönlich nicht kennengelernt habe, in meinen Gesprächen in Basel immer sehr empfehlend erwähnt, weil ich seine Arbeiten bei allen kritischen Bemerkungen, die ich dazu auch zu machen hätte, sehr schätze und vor allem die sachliche und hinhörende Art seines Diskutierens und Erwägens, wie sie in seinen Arbeiten zum Ausdruck kommt. Sein Versuch, Heidegger mit der Theologie zu vereinigen, unterscheidet sich doch erheblich von unseren Existentialtheologen und ich hoffe, er gerät nicht auf diese Ebene. Freilich halte ich den Versuch, so wie er ihn durchgeführt hat, ebenfalls für sehr verfehlt. Belastender ist mir in Gedanken an ihn, daß er, obwohl ihm diese Einstellung der Fakultät bekannt war, sich trotzdem um diesen Lehrstuhl bemüht hat. Das ist eine Hypothek, die vergessen zu machen ihm nicht leicht fallen wird.»¹⁷⁷

Heinrich Ott bemühte sich bald nach seinem Stellenantritt um ein Gespräch mit Barth, doch erklärte dieser verbittert:

«Vorläufig lockt es mich nicht, mich in eine Diskussion über die Basler Ereignisse dieses Frühjahrs, an denen ich ja gar nicht aktiv beteiligt war, zu verwickeln. Was soll, nachdem die Würfel gefallen sind, dabei herauskommen? Wollen Sie sich jetzt nicht bis auf weiteres damit begnügen, dass Sie ja nun das Ordinariat und damit die Gelegenheit haben, den Beweis des Geistes und der Kraft anzutreten, der dann auch die Schatten, die für mich über Ihrem Weg zu diesem Ziel und über der Richtung und Thematik Ihrer theologischen Arbeit liegen, zu zerstreuen mögen.»

Wenig später entzog sich Barth dem Nachspiel seiner Nachfolgeregelung, indem er bald nach seinem Abschied für knapp zwei Monate in

176 EZA, 686 / 1832: Gollwitzer an Cullmann, 1. Mai 1962.

177 Ebd. Doch hier irrte Gollwitzer in seiner nachvollziehbaren Enttäuschung, denn Heinrich Ott lehrte jahrzehntelang an der Theologischen Fakultät und wurde wegen seiner dialogischen Art des Theologisierens von den Studierenden sehr geschätzt, wie der Verfasser aus eigener dankbarer Erinnerung weiss.

die USA reiste. Diese Reise war sogar dem Spiegel eine Notiz wert, denn er meldete:

«Karl Barth, 76, Protestanten-Papst aus Basel (SPIEGEL-Titel 52/1959), griff während der Besichtigung eines US-Bürgerkriegs-Schlachtfeldes bei Richmond (Virginia) zu einer hundert Jahre alten Muskete, lud das Schießinstrument eigenhändig mit Hilfe eines Ladestocks und feuerte auf ein weißes Taschentuch, das seine Begleiter an einem 30 Meter entfernten Pfahl befestigt hatten. Freute sich der Theologie-Professor, als ihm ein Treffer gemeldet wurde: «Wie Wilhelm Tell!»¹⁷⁸

Wie tief ihn indes die Entscheidung der Basler Behörden und die vorangegangenen Diskussionen getroffen hatten, lässt ein Brief an Gollwitzer erkennen, den er nach seiner Rückkehr aus den Staaten schrieb:

«Und was die schliesslich ausschlaggebenden Mächte in der Presse und in den politischen Parteien belangt, so kann man nur sagen: «Mottenfrass und Untergang». Die Basler Universität ist mir nun tief beleidet. Ich werde zwar noch streng privat in der benachbarten Wirtschaft ein paar Colloquien halten, im Vorlesungsverzeichnis aber ein eintöniges «Wird nicht lesen» erscheinen lassen.»¹⁷⁹

Allerdings veränderte sich auf der theologischen Ebene in den folgenden Jahren Barths Verhältnis zu Gollwitzer derart, dass Barth aufgrund der Entwicklung seines Schülers verlauten liess, Gollwitzer hätte wohl doch nicht nach Basel gepasst. Barth ging Gollwitzers politisches Engagement schliesslich doch zu weit; gewisse Dissonanzen zeigen sich auch in den Briefen Barths an Gollwitzer in den 1960er Jahren. Auf der persönlichen Ebene hingegen blieben die beiden eng verbunden und Gollwitzer besuchte Barth noch kurz vor seinem Tod.¹⁸⁰ Bei der Gedenkfeier anlässlich von Barths Tod am 14. Dezember 1968 im Basler Münster sprach denn auch Helmut Gollwitzer als Vertreter der deutschen Kirchen und Universitäten.

Die polizeilichen Behörden legten schliesslich am 2. November 1962 auch für Gollwitzer eine Fiche an.¹⁸¹ Sie zeigt, dass man sich spätestens seit dem 12. September 1961 mit Gollwitzer beschäftigt

178 Der Spiegel 21/1962, 23. Mai 1952, S. 80.

179 EZA, 686 / 7843: Barth an Gollwitzer, 31. Juli 1962.

180 Ich danke Eberhard Busch für ein gleichermassen erhellendes wie bewegendes Gespräch am 10. September 2009.

181 Hier und zum Folgenden siehe StABS, PD-REG 5a 1 5025.

hatte, und kann wie eine kurze Zusammenfassung des ganzen Falls gelesen werden, wenn es heisst:

Gollwitzer «[...] ist von der Theologischen Fakultät und einer Sachverständigenkommission als Nachfolger Karl Barths für den Lehrstuhl Systematische Theologie an der UNI Basel vorgeschlagen worden. Nach mehrmonatigen Verhandlungen hat die baselstädtische Regierung – nachdem Gollwitzers politische Einstellung dem Kommunismus gegenüber als unklar geschildert worden ist – diese Berufung abgelehnt.»

Zwanzig Jahre später wurde am 7. Mai 1982 auf dieser Fiche notiert: «Teilnehmer am Ostermarsch 1982 in Basel.» Daneben sammelte der Spezialdienst zudem bis ins Jahr 1966 Gollwitzer betreffende Zeitungsausschnitte.¹⁸²

Der «Fall Gollwitzer» fand schliesslich auch in der seit 1956 erscheinenden Monatsschrift *Blätter für deutsche und internationale Politik* publizistische Aufmerksamkeit. Diese Zeitschrift, die in den Anfangsjahren von der DDR finanziell unterstützt worden und teilweise aus dem Umfeld des Clubs 1954 hervor gegangen war, nannte Karl Barth «eine Insel der Vernunft in einem Meer von Unsinn».¹⁸³ In ihr veröffentlichte ein Freund von Gollwitzer, der religiössoziale Pfarrer Peter Walter (1912–2000)¹⁸⁴ aus Gelterkinden, im Mai 1962 einen umfangreichen «Brief aus der Schweiz», in dem er über die Nachfolge Barths und über die am 1. April 1962 erfolgte Volksabstimmung über das Atomwaffenverbot berichtete.¹⁸⁵ Walters «Brief» ist nicht nur deshalb von besonderem Interesse, weil er präzise die publizistischen Kontroversen zusammenfasst, sondern vor allem wegen seiner Enthüllung der polizeilichen Ermittlungen gegen Gollwitzer, von denen ihm vermutlich Fritz Lieb berichtet hatte. Walter schreibt:

«Besonders pikant ist, daß dem Vernehmen nach eines ihrer [der Regierung] Mitglieder, Vorsteher des Polizei-Departements¹⁸⁶ – in der seltsamen Meinung, es gebe nichts Höheres und Zuverlässigeres als die

182 Der letzte abgelegte Artikel berichtet über eine Rede Gollwitzers auf der Jahresfeier der Basler Stadtmission im Februar 1966.

183 Karl Barth an Gerald Götting, 23. März 1965, in: Fangmeier/Stoevesandt (wie Anm. 67), S. 300f. Auch andere namhafte Theologen wie Hans Iwand, Ernst Wolf, Martin Niemöller und Walter Kreck standen den «Blättern» positiv gegenüber.

184 Ich danke meinem Kollegen Rudolf Brändle für seine hilfreichen Informationen.

185 Peter Walter: Brief aus der Schweiz, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 7 (1962), S. 385–390.

186 Hier ist der sozialdemokratische Regierungs- und Nationalrat Fritz Brechbühl (1897–1963) gemeint.

Polizei? – bei der westdeutschen Polizei Erkundigungen über Gollwitzer eingezogen hat und sich durch deren dem freien und oppositionellen Geiste gegenüber gewiß nicht besonders freundlichen Aussagen in seiner Gegnerschaft gegen ihn bestärken ließ.»¹⁸⁷

Die in Zürich erscheinende sozialistische Wochenzeitung Vorwärts, Organ der Partei der Arbeit (PdA), nahm diesen Hinweis im Juni auf und fragte «Herr Regierungsrat Brechbühl, stimmt das?»¹⁸⁸ Sechs Wochen später ging der Vorwärts noch weiter und bezog sich auf einen Artikel der Monatszeitschrift für Politik und Kultur Opposition – lebendige Demokratie.¹⁸⁹ Das Blatt hatte im Juli von einem Telefonat zwischen Fritz Lieb und Brechbühl berichtet, bei dem der Regierungsrat gesagt haben soll: «Gollwitzer ist ein Schweinehund». Seine Aussage habe Brechbühl mit dem Verweis auf eingeholte Informationen bei der deutschen Polizei begründet. Anfang August schrieb Brechbühl an die Redaktion des Vorwärts und erklärte, dass er sich «nie mit ausländischen Polizeistellen in Verbindung gesetzt» und auch «niemanden hiezu einen Auftrag erteilt» habe.¹⁹⁰ Inwiefern dieses Dementi den historischen Tatsachen entspricht kann indes genauso wenig geklärt werden wie die Frage, wer 1961 an die Berner Bundespolizei herangetreten ist. Aber nachdem Karl Jaspers – wie berichtet – eine behördliche Untersuchung gefordert hatte, ist es wohl nur noch eine Frage der Zeit gewesen, bis sich der polizeiliche Apparat in Bewegung setzte. Dass es tatsächlich zwischen Fritz Lieb und Brechbühl zu einer Konfrontation bezüglich Gollwitzer gekommen sein muss, deutet neben einer brieflichen Äusserung Gollwitzers¹⁹¹ ein Eintrag im Protokoll der Kuratel an. Dort heisst es: «Prof. Lieb gibt seiner Enttäuschung über ein Gespräch mit Regierungsrat Brechbühl betreffend Gollwitzer Ausdruck.»¹⁹²

Die zahlreichen Intrigen, durch die erfolgreich die Berufung Gollwitzers verhindert worden war, nahm die National-Zeitung Ende März 1962 zum Anlass, um ihre Leser – versehen mit einer

187 Walter (wie Anm. 183), S. 387.

188 Vorwärts Nr. 23, 8. Juni 1962.

189 Die im Kontext des Kalten Kriegs entstandene Zeitschrift wurde von 1962 bis 1965 im Auftrag der Arbeitsgemeinschaft der Jugend gegen atomare Aufrüstung herausgegeben und zeichnete sich durch eine gleichermassen kritische wie ironische Berichterstattung aus.

190 «Herr Regierungsrat Brechbühl bestreitet – aber nicht alles», in: Vorwärts 32, 10. August 1962.

191 EZA, 686 / 1832: Gollwitzer an Cullmann, 1. Mai 1962.

192 StABS, ED-REG 20a 1-3: Protokoll der Kuratel vom 3. Mai 1962.

gehörigen Portion Zynismus – zu fragen: «Kennen Sie übrigens den Unterschied zwischen der Basler Universität und der Basler Fasnacht? An der Fasnacht wird in den letzten Jahren – leider – weniger intrigiert.»¹⁹³

*Prof. Dr. Thomas K. Kuhn
Theologische Fakultät
Universität Basel
Nadelberg 10
4051 Basel*

193 Nationalzeitung Nr. 151, 31. März/1. April 1962.